

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeilzeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15. Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. S. v. p. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lamerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Dem Andenken Gustav Neurings.

Vor zehn Jahren, am 12. April 1919, schied unser Kollege Neuring, der ehemalige Gauleiter des Gau 7 (Sachsen), aus dem Leben. Tief erschüttert ist man heute noch, wenn man sich die Vorgänge von damals ins Gedächtnis zurückruft. Gustav Neuring, dieser unermüdete Kämpfer für die Sache seiner Klassengenossen, ist nicht gestorben, nein, er wurde getötet, noch schlimmer, er wurde abgeschlachtet von seinen eigenen Klassengenossen, für die er sich einsetzte. Verkommenes Gesindel, von einer Schar Dummköpfe begleitet, unter Führung des Kommunisten Frenzel, das war die Heldenschar, die den traurigen Müt befahl, den von aller Hilfe abgeschnittenen einsamen Mann, den Vater und Gatten, unter Schlägen mit Gummiknüppeln und Gewehrholben durch die Straßen Dresdens zu schleppen. So schleiften die „Helden“ unter fortgesetzter Anfeuerung und Verhöhnung durch Kommunisten und Spartakisten den Kollegen Neuring auf die Elbbrücke, um ihn ins Wasser zu werfen. Und als Neuring am Brückengeländer sich festhielt, Verzweiflung im Herzen, an Frau und Kinder denkend, da erschlug und zerstückte ihm dieses Verbrechergesindel die Hände und stürzte den Einsamen, den Menschen unter Tieren, in die Elbe. Aber die menschliche Meute lechzte nach mehr Blut und Rache. Als der schwerverwundete Kollege Neuring versuchte, schwimmend das Ufer zu erreichen, da rissen die Wertierkeulen die Gewehre an die Backe und von mehreren Kugeln durchbohrt sank Kollege Neuring auf der Elbe Grund. Kommunisten und Spartakisten konnten nun siegestrunken wieder heimwärts ziehen.

Warum hatte die Garde des Kommunisten Frenzel Neuring getötet?

Unser Kollege Gustav Neuring wurde in der damaligen Zeit, als die bürgerlichen Minister davonliefen, ins Ministerium als Minister für das Militärwesen berufen. Seine Tatkraft sollte Ordnung in den Wirrwarr bringen. Das war keine leichte und vor allem keine dankbare Aufgabe. Die kommunistische Presse tat ihr möglichstes in der Aufhebung gegen alles, was nach Vernunft aussah; sie heulte und drohte fäglich gegen die an verantwortlicher Stelle stehenden Sozialdemokraten. So auch gegen Neuring. Unter diesen Umständen genügte eine Nachricht, der Minister Neuring habe durch Verfügung bestimmt, die Kriegsverletzten sollten nur noch Friedenslohn erhalten, um die vorhandene und künstlich geschürte Nervosität bis zur Explosion zu steigern. Einige hundert Kriegsverletzte demonstrierten vor dem Kriegsministerium, schickten eine Abordnung von sechs Mann zum Minister Neuring zwecks Rücksprache. Neuring war zu Verhandlungen bereit, jedoch lehnte er es ab, den Kommunisten Frenzel, einen der wüsten Maulhelden, zu empfangen. Darauf die entsprechenden Hejreben vor den Demonstrierenden, denen sich allerlei lichtscheues Gesindel angeschlossen hatte. Die aufgeregte Menge stürmte ins Ministerialgebäude. Dort empfing sie Neuring, auf der Treppe stehend, um durch Worte die Leute zu beruhigen, Klarheit zu schaffen. Sein Mut, sein Vertrauen zur Arbeiterklasse waren sein Unglück. Vor ihm standen die geistig, politisch und gewerkschaftlich Indifferenten, die ausserkorenen Lieblinge der KPD, auch von heute. Sie schleppten Neuring hinaus, und es kam, was bereits geschilbert. Wäre Neuring ein Feigling gewesen, etwa so wie ein kommunistischer Redakteur, der sich, gedeckt durch seine Abgeordneten-Immunität, seinen politischen (sozialdemokratischen) Gegnern gegenüber jede Gemeinheit leistet, und wenn es ernst wird, um Gnade bettelt oder nach Rußland auskneift, dann wäre Neuring heute noch am Leben. Er hätte sich verbergen können, bis Hilfe kam. Was hat er verschmäht. Er glaubte die aus Demagogie gewordene Welle abdammen zu können. Er hat außer acht gelassen, daß eine fanatisierte Masse nicht denkt, sondern nur im Sinne des* fahrenden Demagogen handelt.

Unser Kollege Neuring hat sein Leben lassen müssen als Opfer kommunistischen Brigantentums. Auch heute noch ist die KPD, das Sammelbecken aller zweifelhaften Elemente, jener Elemente, von denen Friedrich Engels in seinem Werk „Der deutsche Bauernkrieg“ schreibt: „Das Lumpenproletariat, dieser Abhub der verkommenen Subjekte aller Klassen, der sein Hauptquartier in den großen Städten aufschlägt, ist von allen möglichen Bundesgenossen der schlimmste. Dies Gesindel ist absolut käuflich und absolut zuringlich. Wenn die französischen Arbeiter bei jeder Revolution an die Häuser schrieen: Mort aux voleurs! Tod den Dieben! und auch manche erschossen, so geschah das nicht aus Begeisterung für das Eigentum, sondern in der richtigen Erkenntnis, daß man vor allem sich diese Bande vom Hals halten müsse. Jeder Arbeiterführer, der diese Lumpen als Garde verwendet oder sich auf sie stützt, beweist sich schon dadurch als Verräter an der Bewegung.“

Gustav Neuring! Du unser Verbandskollege, unermüdetlicher Kämpfer für die Arbeiterklasse, der du gefallen durch proletarische Mordhand, gemenscht von geistig und mo-

ralisch tief unter dir stehenden Klassengenossen, in Dankbarkeit gedenken wir deiner unerschütterlichen Treue zur Arbeitersache. Wir wollen dein Rächer sein dadurch, daß wir die Köpfe der unwissenden Klassengenossen klarzumachen versuchen, daß wir die von der Erkenntnis der hohen Mission der Arbeiterklasse noch nicht durchdrungenen Klassengenossen aus der Tierheit zum Menschsein führen, damit sie fähig werden, aus sich heraus die sittlichen Gehege zu entwickeln. Dann wird die Zeit kommen, in der eine Tat wie jene, der du zum Opfer fielst, nicht mehr möglich ist.

Zweite Ausschussung des ADBS.

Der Bundesausschuß trat am 25. März im Gewerkschaftshaus zu seiner zweiten Tagung zusammen. Die Tagung wurde durch eine öffentliche Sitzung eingeleitet. Der Bundesvorstand hatte Herrn Prof. Dr. Wagemann, den Präsidenten des Statistischen Reichsamtes und des Instituts für Konjunkturforschung gebeten, in der öffentlichen Sitzung über „Das Lohnproblem im Lichte der Konjunkturforschung“ zu sprechen.

Prof. Dr. Wagemann leitete seine Ausführungen ein mit einem Hinweis auf die Schwierigkeit, die nackte Lohnhöhe festzustellen. Die Tariflohnstatistik bietet kein eindeutiges Bild. Die Statistik der tatsächlichen Löhne, z. B. in der Textilindustrie, muß zur Korrektur herangezogen werden. Es zeigen sich erhebliche Unterschiede besonders bei den Akkordlöhnen. Sehr viel weiter würden wir

Die Tat.

Darum laßt uns alles wagen,
Nimmer rasten, nimmer ruh'n;
Nur nicht dumpf, so gar nichts sagen
Und so gar nicht woll'n und tun.

Nur nicht brügend hingegangen
Angstlich in dem rieder'n Joch;
Denn das Sehnen und Verlangen
Und die Tat, sie blies uns doch.

Karl Marx (1837).

kommen, wenn wir eine wirkliche ausgedaute Produktionsstatistik hätten.

Die Lohnhöhe ist konjunkturpolitisch gleichgültig. Entscheidend ist die Beweglichkeit der Löhne.

Bei einer völlig freien Wirtschaft gibt es keine Konjunkturbewegung. Dann gibt es eben keine Schwankungen, oder vielmehr alles, Preise, Löhne und Zinsschwankungen gleichzeitig. Eine völlig freie Wirtschaft gab es aber nie. Die Wirtschaft ist heute hinsichtlich der Preise zu 50 v. H. gebunden, hinsichtlich der Löhne noch mehr. In der durchgeführten Planwirtschaft kann es auch keine Schwankungen geben. Wir haben aber heute wohl eine weitgehende Bindung der Werte, aber weit weniger der Mengen.

Heute stehen wir an der Wende der freien zur gebundenen Wirtschaft, d. h. wir befinden uns mitten in Konjunkturgenüssen, und werden vermutlich immer mehr zur gebundenen Wirtschaft kommen.

Das Lohnproblem ist keine konjunkturpolitische Frage. Das Lohnproblem ist ein strukturpolitisches Problem, ein Problem der volkswirtschaftlichen Organisation.

Nun ist von Amerika her dieses Problem ins Bewußtsein der Menschheit getreten. Die Formel ist: hohe Löhne bei sinkenden Preisen und steigender Produktion. Kann Europa daselbe Rezept befolgen? Es wäre sehr verlockend. Aber Amerika hat vergleichsweise sehr große Bodenschätze, ein geringes Arbeitsangebot, einen durch die Kriegsgewinne gesteigerten Kapitalüberfluß. Die Arbeit ist gering an Zahl gegenüber dem Kapital; das gibt der Arbeit eine natürliche Überlegenheit. Die amerikanische Lohnpolitik hat dahin geführt, daß das Einkommen der großen Volksmassen sich immer einheitlicher ausbildet hat. Das hat zu einer Einseitigkeit des Verbrauches geführt, zu einer Vergrößerung der Märkte, zur Massenproduktion und einer darauf sich aufbauenden Rationalisierung.

Wie kann Deutschland, wie kann Europa die rationelle Produktion aufbauen, ohne das den Amerikanern zur Verfügung stehende Kapital? Es kommt sicher nicht nur auf die technischen, sondern auch auf die wirtschaftlichen Methoden an.

Als erster nahm in der anschließenden Diskussion das Mitglied des Bundesvorstandes, Eggert, das Wort. Wenn die deutsche Wirtschaft bereits zu 50 v. H. an Preise gebunden ist, so werden logischerweise auch die übrigen Faktoren, wenn auch zunächst noch widerstrebend, in den Bannkreis der Bindung hineingezogen. Der Lohn ist ganz etwas anderes für den Preis, für die Gestehungskosten, ob wir uns in einer primitiven oder einer hochentwickelten Wirtschaft befinden. In der hochentwickelten Wirtschaft sinkt der Lohnanteil am Produkt. Demgegenüber muß die Bedeutung des Lohnanteiles für die Konjunkturschwankung sinken. Er wird aber eine große volkswirtschaftliche Bedeutung für den Konsum bekommen. Die Gewerkschaften müssen daher, ein wenig abgemahnt den wissenschaftlichen Erwägungen, ihren Weg zur Erhöhung der Löhne gehen. Bei aller Anerkennung der Wissenschaft und des Konjunkturstatistats, bleibt es Aufgabe der Gewerkschaften, einen möglichst hohen Lebensstandard in der Konjunktur wie in der Depression für die Arbeiter zu sichern.

Dann folgte der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes und Mitglied des Bundesvorstandes Larnow: Prof. Wagemann ist Diagnostiker am Krankenbett der Wirtschaft, aber der behandelnde Arzt ist der Wirtschaftspolitik. Selbstverständlich können nicht mechanisch Löhne erhöht oder gesenkt werden. Gewiß, in der völlig freien Wirtschaft hätten Konjunkturschwankungen nicht eintreten können. Es hat sie freilich nie gegeben. Der menschliche Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft ist immer da gewesen. Professor Wagemann sprach von der Bedeutung der Beweglichkeit der Löhne. In der Praxis überwiegt bedenkter Beweglichkeit der Löhne für die Gegenwart des sozialen Kampfes Zerstückelung der Tariflöhne, da

angeblich nur mit sinkenden Löhnen die Gestehungskosten gesenkt werden können. Entscheidend ist aber, daß die Gestehungskosten durch sinkende Löhne gar nicht entsprechend der Senkung der Löhne gesenkt werden können. Die sichere Wirkung einer solchen Aktion wäre bei gleichbleibenden Preisen eine Senkung der Kaufkraft, damit der Absatzmöglichkeit und der Produktion.

Die Unternehmer sagen, die Gewerkschaften vergessen die Kapitalarmut der Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft ist auf eine Vergrößerung der Kapitaldecke angewiesen, sie arbeitet tatsächlich in weitem Umfang mit Anleihen des Auslandes. Das große Kapital wird aber in der Industrie selbst gespart. Man weiß, daß in einer Reihe von Industrien sehr viel Gewinne erzielt und zur Erweiterung der Produktionsanlagen verwendet werden. Trotzdem reicht die Kapitaldecke nicht aus, Ersparnisse an Kapital können scheinbar gemacht werden, aber es verschwindet, d. h. es wird vernichtet in falschen Anlagen. Ein Beispiel liefert die deutsche Kallindustrie. Ihre Absatzmöglichkeit hat sich seit der Vorkriegszeit nicht wesentlich vergrößert. Aber die Zahl der Werke hatte sich vermehrt. Das Kapital war jedoch nicht größer geworden, die Rente nicht zugenommen. Infolgedessen hat man die Zahl der Kaltwerke von 205 (1921) auf 45 beschränkt, welche die gleiche Produktion ausbringen. Eine Milliarde ist auf diese Weise dem Verbrauch entzogen worden. Tatsächlich wird in allen Industriezweigen überkapitalisiert.

Wir haben ein sehr einfaches Argument, das nicht entwertet werden kann. Der Sinn der Wirtschaft ist die Versorgung der Menschen mit dem, was sie notwendig gebrauchen. Eine Maschine, die nicht leistet, was sie soll, muß so konstruiert werden, daß sie es leistet. Diese Forderung muß auch an die Wirtschaft gestellt werden. Die Arbeitsleistung auf den Kopf des Arbeiters ist auf vielen Gebieten gewaltig gestiegen, mit den anderen Faktoren zusammen ohne Zweifel eine gewaltige Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität. Daher müssen wir verlangen, daß sich — gerade auch im kapitalistischen Interesse — diese Produktivität auswirkt. Die Forderung nach höherem Lohn ist nur eines der Mittel zu diesem Zweck. Wir befinden uns in einem Übergangsstadium. Der Weg führt, wie auch Prof. Wagemann sagte, zu einer gebundenen Wirtschaft. Die Alternative lautet: Entweder zurück zur alten freien Wirtschaft oder vorwärts zur gebundenen Wirtschaft. Die Entscheidung steht nicht im Belieben der Menschen. Sie ist zwangsläufig gegeben. Wir haben auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress die Ansicht, daß diese Entscheidung unausweichlich bestimmt sei, durch unsere Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft klar zum Ausdruck gebracht.

Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Brandes, führte aus: Unsere sozialistische Auffassung fordert einen vollen Anteil am Produktionssertrag. Wenn wir diese Auffassung praktisch vertreten, dienen wir der Wirtschaft. Wir haben vorläufig Einfluß nur auf die Gestaltung der Löhne. Diesen Einfluß müssen wir nachdrücklich zur Geltung bringen.

In seinem Schlusswort betonte Prof. Wagemann noch einmal, daß es auch seine Auffassung sei, daß wir der gebundenen Wirtschaft zuzukommen. Eine Befreiung der tariflichen Bindungen ist undenkbar. Die Wirtschaftspolitik ist völlig zersplittert, es fehlt eine planmäßige Zentralisierung der verantwortlichen Instanzen. Dazu gehört auch die enge Zusammenarbeit des Instituts für Konjunkturforschung mit den Gewerkschaften. Mit dem Wunsche nach dieser engeren Zusammenarbeit schloß Prof. Wagemann seine Ausführungen.

Der Vorsitzende des Baugewerksbundes Bernhard erklärte sich seinerseits nicht einverstanden mit dem Gedanken, daß Lohnpolitik reine Wirtschaftspolitik sei. Sie ist Machtpolitik. Angesichts der starr ablehnenden Einstellung des Unternehmertums bleibt heute nur übrig, die Lohnpolitik als Machtpolitik zu betrachten. Nur starke Gewerkschaften können den wirtschaftsschädlichen Widerstand des Unternehmertums brechen.

Leipart brachte die Aussprache mit folgenden Ausführungen zum Abschluß: Sehr vieles von dem, was Prof. Wagemann gesagt hat, entspricht auch unseren Auffassungen. Die Punkte, in denen wir nicht mit ihm übereinstimmen, sind von den Diskussionsrednern nachdrücklich hervorgehoben worden. Die Aussprache wird auch für ihn wertvolle Anregungen gebracht haben. Kollege Bernhard hat gesagt: Lohnpolitik sei Machtpolitik. Ich muß demgegenüber doch korrigierend feststellen: Lohnpolitik ist Wirtschaftspolitik. Der uns gegenüber von den Unternehmern erhobene Vorwurf, daß wir auf die Notwendigkeiten der Wirtschaft keinerlei Rücksicht nehmen, ist unberechtigt. Unsere Lohnpolitik ist nicht wirtschaftsschädigend, sondern wirtschaftsfördernd. Aber solange die Unternehmer den positiven Sinn der gewerkschaftlichen Lohnpolitik nicht verstehen, ist allerdings unsere Lohnpolitik notwendigerweise auch Machtpolitik. Wir sind zur Zusammenarbeit mit dem Institut für Konjunkturforschung und darüber hinaus mit den Kreisen der Wissenschaft bereit.

Damit war die öffentliche Sitzung abgeschlossen. Am Anfang der Nachmittags Sitzung erfaßte Leipart den Bericht des Bundesvorstandes, in dem er u. a. ausführte: Bekannt seien die Bemühungen des Bundesvorstandes um eine günstige Gestaltung der Rentenfürsorge und den Ausbau der Invalidenversicherung.

Der Fabrikarbeiterverband ist infolge der letzten Beitrags-erhöhungen und Leistungsregelungen der Unterstützungsvereinigung aus der Vereinigung ausgestiegen. Der Bundesvorstand bedauert diese Entscheidung des Fabrikarbeiterverbandes.

In der Debatte begründete Thiemig das Ausschließen des Fabrikarbeiterverbandes aus der Unterstützungsvereinigung. Die Satzungsänderung habe für eine Reihe von Angestellten des Fabrikarbeiterverbandes erhebliche Verschlechterungen ihrer Ansprüche zur Folge. Das konnte der Fabrikarbeiterverband nicht hinnehmen, da er sich an frühere Zusicherungen gebunden fühlte, die den Angestellten durch die Satzungen der ehemaligen Pensionskasse des Verbandes gegeben worden waren.

An der Aussprache beteiligten sich Schumann (Verkehrsbund), Döring (Verkehrsbund), H. Müller (Bundesvorstand), Simon (Schuhmacher), Witsch (Gärtner), Bernhard (Baugewerksbund).

Es wurde beschlossen, eine Kommission des Bundesausschusses, bestehend aus sieben Mitgliedern, einzusetzen, die den Auftrag erhält, die Verhältnisse der Unterstützungsvereinigung erneut zu prüfen und in Verhandlungen mit deren Leitung einzutreten.

Im Anschluß an diese Verhandlungen des Bundesausschusses berichtigte der Redakteur der Gewerkschafts-Zeitung, A. Seibel, über die Verhandlungen, die er im Auftrage des Bundesvorstandes mit einem Verhandlungsausschuß der Gewerkschaftsredakteure über Richtlinien für einen Fachauschuß für die Gewerkschaftspressen geführt hat. Der einzige Zweck, den die Gewerkschaftsredakteure mit ihren Bestrebungen nach engerem Zusammenwirken verfolgen soll sein, kollegial durch gemeinsame Beratung den Ausbau der Gewerkschaftspressen zu fördern. Worauf es ankommt, ist die Pflege der gemeinsamen sachlichen Interessen und eine Vertiefung der

Gewerkschaftspresse nach außen. Diese Vertretung kann wirksam nur erfolgen, wenn die Vertretung der Presse den Namen des ADGB mit vollem Recht tragen kann. Das könne eine Vereinigung der Redakteure nicht; ein Fachauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wäre eine wirksamere Vertretung der Gewerkschaftspresse. Der Bundesvorstand hat einen Richtlinienentwurf ausgearbeitet, in dem Zweck und Befugnisse dieses Fachauschusses gekennzeichnet und seine Stellung im Rahmen der Gesamtorganisation festgelegt werden.

Leipart tritt für die unbedingte Annahme der Vorlage ein. Es handelt sich um eine sehr wichtige Angelegenheit. Die Bedeutung der Gewerkschaftspresse kann gar nicht übertrieben werden. In den letzten zwei Jahren ist die Gewerkschaftspresse in höchst anerkannter Weise ausgebaut worden, aber der Ausbau muß noch weitgehend gefördert werden. Selbstverständlich wird die Verbandspolitik durch den Verbandsvorstand bestimmt. Aber in diesem Rahmen haben die Redakteure eine große Aufgabe zu erfüllen. Eben deshalb trat Leipart entschieden dafür ein, daß der Vorstehende des Fachauschusses an den Bundesausführungsausschüssen teilnimmt. Vielleicht wäre für eine spätere Zeit einmal in Aussicht zu nehmen, daß die leitenden Redakteure der Gewerkschaftspresse an den Bundesausführungsausschüssen teilnehmen.

Der Entwurf über den Fachauschuss für die Gewerkschaftspresse wird dann mit der von Leipart vorgeschlagenen Änderung vom Bundesauschuss angenommen.

Zum 4. Punkt der Tagesordnung: Gewerkschaftliche Aufgaben auf dem Gebiete der Gewerbehygiene und der Berufskrankheiten. Der Leiter der gewerbehygienischen Abteilung beim Bundesvorstand, Dr. Meyer-Broditz, gab einen Überblick über die Aufgaben der Zentralverbände und des Bundesvorstandes auf diesem Gebiete.

Die Gewerkschaften müssen im Interesse ihrer Mitglieder über die Schädlichkeit oder Unschädlichkeit der verarbeiteten Materialien ständig auf dem laufenden sein. Zur Beratung und Auskunftserteilung steht ihnen die gewerbehygienische Abteilung des ADGB zur Verfügung. Wir besitzen selbst keine Laboratorien, aber wir haben die Gelegenheit, in den Laboratorien des Reichsgesundheitsamtes, des Städtischen Gesundheitsamtes und anderen entsprechende Untersuchungen durchführen lassen zu können. Auf diesem Wege haben wir schon öfter gesundheitschädliche Bestandteile von Lösungsmitteln, Polituren usw. nachgewiesen.

Die schweren Schädigungen, die von den im Produktionsprozeß angewandten chemischen Stoffen unter Phantasiennamen ausgehen, führen zu unbilligen Verhältnissen. Der Arbeiter weiß oft nicht, mit welchen Stoffen er in Berührung kommt, und kann sich nicht schützen. Selbst der Hersteller kann sich häufig auf seinen guten Glauben berufen, wenn Schädigungen aufgetreten sind. Wir brauchen eine Deklarationspflicht, für deren Einführung das Arbeitsschutzgesetz § 9 Abs. 4 eine gewisse Handhabe bietet.

In der Gesetzgebung ist auf dem Gebiete der Gewerbehygiene die Verordnung über Berufskrankheiten die wichtigste Rechtsgrundlage. Sie enthält den Mangel, daß bei Begutachtung von Berufskrankheiten als „geeignete Ärzte“ im Sinne der Verordnung Verträuensärzte der Berufsvereinigungen und Fabrikärzte herangezogen werden. Die praktischen Erfahrungen in Berlin bei der Durchführung der Verordnung und bei der Vorbeugung veranlassen uns, zu empfehlen, daß insbesondere die Krankenkassen gewerbeärztliche Untersuchungsstellen errichten.

Die Verordnung über Berufskrankheiten ist kürzlich um 13 Berufskrankheiten erweitert worden, auf die der Referent eingeht. Dieser Ausbaue des versicherungsmäßig geschützten Bereiches der Berufskrankheiten ist erfreulich. Aber weitere Schritte müssen folgen. Dazu müssen uns die Gewerkschaften objektives, unangreifbares Material liefern.

Zur Durchführung unserer Wünsche auf dem Gebiete der Gewerbehygiene ist die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene eine wertvolle Plattform geworden.

Fast noch wichtigere Aufgaben als auf dem Gebiete der Gewerbehygiene erwachsen den Gewerkschaften aus der Tätigkeit für das allgemeine Gesundheitswesen.

Die Aufgaben der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Gewerbehygiene und des allgemeinen Gesundheitswesens können nicht von grünen Tisch aus erfüllt werden. Wir sind auf Anregungen angewiesen. Träger dieser Anregungen müssen einerseits die Verbandsvorstände, andererseits die Betriebsräte sein.

Leipart hat die Verbandsvorstände, in ihren Zentralbüros Sachbearbeiter mit der Verfolgung der vom Referenten angeregten Aufgaben zu betrauen, soweit dies noch nicht geschehen ist. Auch die Mitglieder müssen über diese Dinge viel mehr aufgeklärt werden.

Haupt (Fabrikarbeiter) stimmte im allgemeinen den Ausführungen des Referenten zu. Er betont die Schwierigkeiten des Deklarationszwanges, weil auch die Hersteller die Gültigkeit der hergestellten Stoffe häufig nicht kennen. Er wünscht, daß auch Berufskrankheiten, die nicht feststehende Krankheitsbilder aufweisen, versicherungsmäßig erfasst werden; denn eine Einmütigkeit der ärztlichen Meinungen werde sich niemals erzielen lassen.

Im Schlußwort ging Dr. Meyer-Broditz auf die von Haupt erwähnte Frage der sozialhygienischen Lehrstühle an den Universitäten ein.

Leipart fasste die Debatte zusammen: Nötig ist ein dauernder Facharbeiter in jedem Verbands, der gleichzeitig die Verbindung zum ADGB, aufrecht erhält. Bei den Krankenkassen ist die Einrichtung besonderer Untersuchungsstellen für Berufskrankheiten anzulegen. Konferenzen mit den Berufsvereinigungen sind von den Zentralverbänden anzustreben.

Die vorgelegte Entschließung über Unfallverhütung wird im Anschluß an diesen Punkt der Tagesordnung einstimmig angenommen.

Dann erhielt der Leiter der arbeitsrechtlichen Abteilung beim Bundesvorstand, Clemens Körpel, das Wort zu einem Referat über das Schlichtungswesen: Der Bundesvorstand hat sich im März 1924 und im November 1927 mit dem Schlichtungswesen beschäftigt. In beiden Fällen hat sich der Bundesauschuss nicht gegen die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen, sondern sie als ein in bestimmten Fällen unentbehrliches Instrument zur Vermeidung oder Verringerung von Arbeitskämpfen von weittragender gemeinschaftlicher oder sozialer Bedeutung, als ein notwendiges Mittel zum Ausgleich sonst unüberwindlicher Gegensätze anerkannt.

Reichsarbeitsminister Wiffell hat sich bald nach seiner Amtsübernahme dazu entschlossen, eine Klärung der von den Arbeitgebervereinigungen und den Gewerkschaften vertretenen Auffassungen herbeizuführen, da von allen Seiten kritische Äußerungen

Vom Streit im eigenen Lager.

Die Industrie führt zwei Heeresmassen gegeneinander ins Feld, wovon eine jede in ihren eigenen Reihen zwischen ihren eigenen Truppen wieder eine Schlacht liefert. Die Heeresmasse, unter deren Truppen die geringste Prägelei stattfindet, trägt den Sieg über die entgegenstehende davon. Marx.

zum Schlichtungswesen vorlagen. Die Arbeitgeber haben damals keine konkreten Änderungsvorschläge vorgelegt. Die Gewerkschaften hatten keine grundsätzlichen Einwendungen zu erheben. Wiffell hat das Fazit aus den Verhandlungen der Konferenz gezogen, und es in Vorschlägen zusammengefaßt. Alle diese Vorschläge haben nur tatsächliche Bedeutung. Sie bezwecken, eine größere Verantwortlichkeit der Parteien herbeizuführen. Eine grundsätzliche Änderung des geltenden Schlichtungswesens war nicht durch sie beabsichtigt.

Wie ist die Stellung der Gewerkschaften? Diejenigen, nach deren Auffassung die Verbindlichkeitsklärung die Kampffreiheit unterbindet, sehen in denen, die für die Verbindlichkeitsklärung eintreten, Vertreter einer Auffassung, die einer grundsätzlichen Beschränkung der Kampffreiheit gleichkomme. Diese Auffassung ist irrig. Sie kann sich nicht trennen von dem Gedanken, der in den Jahrzehnten vor dem Kriege seine Berechtigung hatte, daß der Staat der natürliche Gegner der gewerkschaftlichen Bestrebungen sei. Der heutige Staat ist aber nicht mehr der gewerkschaftsfeindliche Staat der Vorkriegszeit. Die Gewerkschaften arbeiten an diesem Staat mit, sie haben einen mitgehenden Einfluß in seinen Institutionen, sie können sie umgestalten, sie haben sie tatsächlich in erheblichem Umfang umgestaltet. Dieser neue Staat, in dem die Gewerkschaften ein aktiver, verantwortlich mitwirkender Faktor sind, muß in gewissen Grenzen auch das Recht haben, der Aktionsfreiheit der freien Organisationen, nicht zuletzt auch dem hemmungslosen Machttreiben der sozialen Gegenspieler der Gewerkschaften Grenzen zu ziehen. Das bedeutet keine Einschränkung der Kampffreiheit. Die Kampffreiheit ist auch heute in Deutschland größer als in irgendeinem anderen Lande der Welt. Die Kampffreiheit der Gewerkschaften ist in erster Linie eine Funktion ihrer Kampfkraft. Es besteht keinerlei Zwang zur Ausrufung der staatlichen Schlichtungsausschüsse. In diesem Sinne wird daher auch die Kampffreiheit der Gewerkschaften durch das Schlichtungswesen nicht beeinträchtigt.

Die Aufgabe des Staates kann nur die sein, in bestimmten Fällen helfend einzugreifen. Das staatliche Schlichtungswesen soll der starke Rückhalt sein, worauf unter Umständen zurückgegriffen werden kann.

Es handelt sich aber bei unserer Stellungnahme zum Schlichtungswesen nicht nur um unser Verhältnis zum Staat, sondern auch um unser Verhältnis zur Arbeitgeberklasse. Die Arbeitgeberfront ist heute ungleich geschlossener, ihre Machtmittel sind beweglicher geworden. Eine andere Schwierigkeit kommt hinzu. Es ist außerordentlich schwer, sich ein klares Bild von der Wirtschaft zu verschaffen, ausreichende Produktionsstatistiken liegen nicht vor, eine Abwägung des Möglichen ist erschwert. Auch wenn die wir-

kschaftlichen Verhältnisse besser durchleuchtet werden könnten, wird doch der Kampf um den Staat am Sozialprodukt in gleicher Weise wie bisher geführt werden müssen. Vielleicht mit größerer Schärfe als je zuvor.

Die Absichten der Arbeitgeber, das zeigen die Veröffentlichungen klipp und klar, sind unzweifelhaft. Sie wollen entweder die Besetzung oder die Unbeweglichmachung des Schlichtungswesens. Die jüngsten Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts sind diesen machtpolitischen Bestrebungen der Arbeitgeber ohne Zweifel günstig.

Die Funktion des Tarifvertrages, die Tatsache, daß er nur Mindestbestimmungen enthält, nimmt dem Schlichtungswesen seine Schärfe, vor allem in Zeiten aufsteigender Konjunktur. Die Mehrzahl der deutschen Arbeiter arbeitet unter tariflichen Arbeitsbedingungen. Zudem haben die Gewerkschaften ein Maß von Mitwirkung bei der Regelung der Arbeitsbedingungen wie in keinem anderen Lande. Es kann dagegen eingewandt werden: Was nützt alles das, wenn das Reichsarbeitsgericht solche Entschärfungen fällen kann. Demgegenüber ist zu sagen, das kollektive Arbeitsrecht kann nicht von heute auf morgen verwirkt werden. Es verfehlt sich von selbst, daß seine Grundgedanken vielen Verwaltungsbeamten und auch den Juristen des Reichsgerichts noch durchaus fremd sind. Es ist eine Aufgabe der Gewerkschaften, zu der sie vollans befähigt sind, weil sie Arbeitssichter zu allen Instanzen der Arbeitsgerichtsbarkeit stellen, die Grundgedanken des kollektiven Arbeitsrechts zur Anerkennung zu bringen.

Zusammenfassend erklärte der Redner: Nach meiner Auffassung müssen die Gewerkschaften sich dahin entscheiden, daß das Schlichtungswesen eine staatspolitische Aufgabe zu erfüllen hat, daß die Verbindlichkeitsklärung ein staatspolitischer Akt ist. Diese Stellungnahme antwortet die Gewerkschaften nicht bedingungslos dem Staat. Sie entbehrt die Gewerkschaften nicht von der Verpflichtung ständiger Kritik. Die Entscheidung für diese Stellungnahme wird die Verbindung der Gewerkschaften mit ihren Mitgliedern nicht etwa lockern, sie wird durch diese gesetzliche Regelung ebenso stärker werden, wie sie durch das Arbeitsgerichtsrecht und durch das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung stärker geworden ist. Das Schlichtungswesen bedeutet die Entschärfung der Gewerkschaften auf den Staat, sie bedeutet die Vollziehung des Lohnes. Die Wirtschaftsdemokratie, für die wir eintreten, soll zu einer unmittelbaren Einflussnahme auf die Wirtschaft führen, Schlichtungswesen und Wirtschaftsdemokratie bilden eine unauflösbare Einheit.

In der Diskussion wurde dargelegt, bei aller Anerkennung des positiven Haltung der Gewerkschaften zum Staat dürfe nicht übersehen werden, daß in der gegenwärtigen Verfassung des Schlichtungswesens die Gefahr enthalten sei, daß die jeweils in der Regierung herrschende politische Tendenz in der Lohnpolitik Geltung bekommen kann. Die staatlichen Schlichtungsbehörden sollten in ihrer Bedeutung eingeschränkt werden durch das tarifliche Schlichtungswesen, das den Gewerkschaften einen Einfluß auf die Wahl der Vorsitzenden der Schlichtsamter gibt, während im gesetzlichen Schlichtungsverfahren diese Persönlichkeiten unabänderlich gegeben sind. Je größer jedoch der Einfluß der Schlichtungsbehörden auf die Lohnbildung ist, um so wichtiger ist es, daß die Gewerkschaften ihre Bedeutung im Staatswesen steigern. Solange der Einfluß der Arbeiterbewegung im Staate unzulänglich ist, sei das Mißtrauen gegen die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden begreiflich. Es müsse im Prinzip dabei bleiben, daß die Regelung der Arbeitsbedingungen ebenso wie die Durchführung der Tarifverträge Aufgabe der Organisationen ist. Der Staat könne hierbei nur Hilfe leisten. Ein weitgehendes Schlichtungsrecht sei jedoch noch keine Einschränkung der Streikfreiheit der Gewerkschaften. Kein Staat würde es sich gefallen lassen, daß sich die Wirtschaftskämpfe hemmungslos ausbreiten.

Das Ergebnis der Diskussion wurde in einem vom Bundesauschuss einstimmig gefaßten Beschluß zusammengefaßt.

Danach berichtet Masche, der Jugendsekretär des ADGB, über die Einteilung und Bewirtschaftung von Ferienheimen. In der Diskussion beteiligten sich Haß (Elektriker), Scheffel (Eisenbahner), Thiemig (Fabrikarbeiter), Müntzer (Gemeinde- und Staatsarbeiter), Arndt (Bezirkssekretär). Der Ausschuss war der Meinung, daß die Frage der Ferienheime nicht einzelnerhandelt geregelt werden solle.

Zur Frage der Erwerbsarbeit verheirateter Frauen hatte der Bundesvorstand eine Entschließung vorgelegt, die von Gertrud Hanna (Frauensekretariat beim Bundesvorstand) begründet und ohne Debatte angenommen wurde. Sie sagt u. a.:

Es entspricht gewerkschaftlicher Praxis, in Zeiten großer Arbeitslosigkeit zu versuchen, die Arbeitsgelegenheiten nach Möglichkeit zu strecken.

Vieler grundsätzlichen und praktischen Befähigung entspricht auch die Haltung der Gewerkschaften zu den sogenannten Doppelverdienern und zu den Arbeitnehmern, die nicht unbedingt Not leiden, wenn sie kein eigenes Einkommen aus Erwerbsarbeit haben.

Bei der Anwendung dieses Grundsatzes ist so zu verfahren, daß unbillige Härten vermieden werden. Es entspricht nicht der Auffassung des Vorstandes des ADGB, wenn in erster Linie — aber gar ausschließlich — verheiratete Frauen von den Arbeitsplätzen

Bei Dänemarks Arbeitern.

Es war einer der hinter uns liegenden unfreundlichen Wintertage, der mich nach Kopenhagen zum Kongreß der dänischen Arbeitermänner führte. Aber ich achtete nicht der Beschwerden dieser Reise; ich war voll Freude und Interesse, denn es war ja meine erste große Auslandsreise. Auge und Ohr waren doppelt aufmerksam und empfänglich für alle die neuen Eindrücke. Und es waren deren genug schon auf der Reise, besonders während der Fahrt über die eisbedeckte Ostsee. Der Kampf des Dampfes mit dem Eise, das donnernd und polternd an den Bordwänden abglitt, bot mir ein nie gesehenes gigantisches Schauspiel.

Und dann Kopenhagen im Winter. Eine freundliche lebhaft Großstadt, mit gut gepflegten Straßen, schönen Anlagen und Plätzen und überall größte Reinlichkeit trotz des harten Winters. Auf dem Rathausplatz, mitten vor dem schönen Banerwerk, fällt mir ein eigenartiges Kunstwerk auf: ein aus Eisen geformtes Monument, auf einem mehrfachen Sockel, in künstlerischer Vollendung eine überlebensgroße Mutter mit Kind darstellend, und davor eine Sammelbüchse mit der Aufschrift: „Spendet für die hungernden Kinder!“ In der anhaltenden Kälte ist dieses eigenartige Denkmal zu Eis erstarrt. Täglich führt mich mein Weg darüber.

In festlich geschmückten Säle des Arenatheaters tagt der Kongreß der dänischen Arbeitermänner. Flamendes Rot und fröhliches Grün geben dem Räume Festcharakter. Von der Galerie grüßen die Fahnen aller der Internationale angeschlossenen Länder. In Säle nahezu 40 Delegierte, Freunde und Erwartung im Anzuge. Die feierliche Eröffnungsfeier wird durch eine Begrüßungsansprache eingeleitet. Ein Bläserchor trägt Volkshieder aus den Ländern der Internationale vor. Dann wird dem anwesenden dänischen Verbandsvorstand eine Ehrengabe überreicht. Und hierauf werden Lieder aus dem Liederbuch der Arbeitermänner gesungen. Alles singt mit. Diese Massenchor sollten auch bei uns mehr gepflegt werden.

Am nächsten Morgen beginnt die Arbeit des Kongresses. Ernst und Gründlichkeit geben ihr das Gepräge. Und wie ich im Laufe der Tage diese Arbeit verfolgte und auch die Genossen kennenlernte, formt sich ein festes Bild: eine starke, gut geleitete Organisation, die über 90 Prozent aller Beschäftigten aus den zuständigen Berufen erfasst hat, frei von Spaltungsgeist und Zwietracht, in sich geeint und gefestigt zu hoch entwickelter Schlagkraft. Und die Träger dieser Organisation machen den besten Eindruck, Stolz und Selbstbewusstsein im ganzen Auftreten, verbunden mit brüderlicher Kameradschaftlichkeit.

Aber mein Interesse reicht über den Kongreß hinaus. Die freien Stunden werden dazu benutzt, in Gemeinschaft mit einigen Genossen tieferen Einblick in die dänische Arbeiterbewegung zu gewinnen.

In diesem kleinen Lande mit 3,2 Millionen Einwohnern gibt es 305 000 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen. Gegnerische gelbe oder auch konfessionelle Gewerkschaften sind vollständig unbekannt. Die Zahl der Indifferenzen ist sehr gering. Aber die Bewegung ist nicht nur zahlenmäßig stark, sie hat auch eine große moralische und finanzielle Schlagkraft entwickelt. Im Jahre 1925 wurden von den vereinigten Unternehmern über 80 000 Arbeiter verschiedener Branchen volle 12 Wochen lang ausgeperrt. Dieser Kampf kostete die Riesensumme von 24 Millionen Mark, wovon der größte Teil aus eigener Kraft, der Rest mit Hilfe der Internationale aufgebracht wurde. In diesem Kampfe zeigte sich aber auch der hohe moralische Wert der dänischen Gewerkschaften. Jeder am Kampfe nicht beteiligte Gewerkschafter zahlte während der 12 Kampfwochen an Extrabeiträgen 68 Mk. So mußte dieser große Kampf, der an die Opferwilligkeit und Solidarität jedes Gewerkschafters große Anforderungen stellte, mit einer vollständigen Niederlage der Unternehmer enden. Das starke Solidaritätsgefühl hat sich auch im vergangenen Jahre wieder gezeigt. Die Seeleute und Hafenarbeiter Finnlands stehen seit Jahresfrist in einem erbitterten Kampfe um Anerkennung des in ganz Skandinavien geltenden internationalen Lohnrechts. In

diesem zähen und schweren Kampf hat allein der dänische Arbeitermännerverband im Jahre 1928 eine Unterstützung von nahezu 535 000 Mk. aufgebracht.

Auch die politische Organisation ist achtunggebietend. Sie zählt derzeit 142 000 Mitglieder. In den Tagen meines Anwesens fand sie im Wahlkampfe für die Gemeindevahlen am 12. März. Die Wahlpropaganda wird durchweg mit modernen Mitteln betrieben, unter denen besonders ein eigens hergestellter Agitationsfilm Erwähnung verdient. Die Sozialdemokratie ist die größte Partei des Landes und hat sich als solche viele wertvolle Stellungen erobert. Ihre Stärke ist wohl mit Recht darauf zurückzuführen, daß sie die Spaltung durch die Kommunisten zu verhindern vermochte. In der Hauptstadt Kopenhagen besitzt sie die Mehrheit in der Stadtvertretung; sie hat von 55 Mandaten 31 erobert. Schon im Jahre 1909 hatte Kopenhagen einen sozialdemokratischen Bürgermeister.

Die erfreulich starke Stellung der Arbeiterbewegung ist nicht zuletzt auf die sehr gut entwickelte Arbeiterpresse zurückzuführen. Die sozialdemokratischen Tageszeitungen haben eine tägliche Gesamtauflage von 225 000 Exemplaren, von welchen allein in Kopenhagen 60 000 abgesetzt werden. Das Hauptorgan ist der „Socialdemokraten“, ein in modernem Großformat erscheinendes illustriertes Tagblatt, das in jeder Hinsicht sehr gut ausgestattet ist. Neben ihm erscheint in Kopenhagen ein Abendblatt, gleichfalls reich illustriert, das „Aften 5“, das ein Volksblatt in reinstem Sinne des Wortes geworden ist. Außerdem wird eine vierzehntäglich erscheinende wissenschaftliche Zeitschrift herausgegeben, der „Socialisten“. Die ganze Presse bildet ein eigenes Unternehmen, in welchem Partei und Gewerkschaften gleichberechtigt vertreten sind.

Erwähnen muß man auch die Genossenschaftsbewegung. Die zahlreichen Verkaufsläden führen alle Waren. Auch die Eigenproduktion wird gepflegt: es bestehen genossenschaftliche Bäckereien, Tischlereien, eine Klaviererzeugung, eine große Molkerei, eine Bauerngenossenschaft und sogar eine Bier-

patent werden. Ein solches Vorgehen würde gegen Gesetz und Recht verstoßen und nicht dem beabsichtigten Zwecke dienen.

Die verheirateten Frauen haben, wie jeder andere Staatsbürger, nach der Verfassung und nach dem in der Arbeiterbewegung geltenden Grundgesetz, der Gleichberechtigung von Mann und Frau ein Recht auf Arbeit. Dieses grundsätzliche Recht darf besonders von den Mitgliedern der Gewerkschaften nicht angefaßt werden. Machen außerordentliche Notlagen außerordentliche Mittel zur Abwehr notwendig, so müssen diese sich im Rahmen gleicher grundsätzlicher Anwendung für beide Geschlechter halten.

Der Bundesausschuß nahm außerdem ohne Debatte zwei Entschlüsse einstimmig an: Erstens eine zum Arbeitsschutzgesetz, und zweitens eine zur Wohnungsfrage.

Die Verhandlung über den Bericht der Kommission über die Schaffung einheitlicher Übertretungsbestimmungen wurde auf die nächste Sitzung des Bundesausschusses vertagt.

Damit die gemeinsame, von dem Fachausschuß für die Gewerkschaftspressen des IAWB zu leistende Arbeit der Redakteure ohne Verzug beginnen kann, hat die Bundesvorstand die zur Bundesauschussung anwesenden sowie die übrigen in Berlin ansässigen Redakteure zum 27. März zu einer Konferenz zur Wahl des Fachauschusses zusammenberufen. Die Konferenz tagte unter der Leitung des Kollegen Paul Umbreit.

Bei der Wahl des Fachauschusses wurden 30 Stimmen abgegeben. Gewählt wurden: Lankes (Einigkeit, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter), Dressel (Zerklünder-Zeitung), Scheffler (Solgarbeiter-Zeitung), Seidel (Gewerkschafts-Zeitung) und Nenninger (Keramischer Bund, Fabrikarbeiterverband). Der Fachauschuß trat sofort zusammen und wählte Scheffler zum Vorsitzenden, Dressel zum Stellvertreter.

Die wirtschaftsschädlichen Gewerkschaften.

Als der bekannte Betriebswirtschaftler Schmalenbach im vorigen Jahre seinen Vortrag über die gebundene Wirtschaft und die fixen Kosten hielt, berührte er eine wunderbare Stelle am Körper der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Literatur, die sich seitdem mit diesem Thema beschäftigt, ist mittlerweile zu einem kleinen Berg angewachsen. Weil Schmalenbach den privaten Monopolisten den Spiegel so unerschrocken vorhielt, ist man ihm nicht besonders günstig gesinnt. Aber auch namhafte Wirtschaftswissenschaftler sind ausgezogen, um dem bedrohten Verbandskapitalismus mit mehr oder weniger Hef durchdachten Abhandlungen beizuspringen. Neuerdings erschien eine Broschüre von dem bekannten Professor Adolf Weber, „Das Ende des Kapitalismus“, die sich ausführlich mit dem Thema „Kartelle, fixe und proportionale Kosten usw.“ beschäftigt. Dabei kommt Weber auch auf die Gewerkschaften und ihre Stellung im heutigen Wirtschaftsleben zu sprechen.

Professor Weber geht von dem Satz aus, den Schmalenbach in seiner Rede in Wien in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen gestellt hatte: „Das Überhandnehmen der fixen Kosten ist mit der Existenz der freien Wirtschaft auf die Dauer unerträglich, die freie Wirtschaft muß unter der Herrschaft der fixen Kosten einer neuen gebundenen Wirtschaft Platz machen.“ Weber bestreitet, daß die deutsche Wirtschaft so weitgehend verbandsmäßig gebunden ist. Sie sei im wesentlichen „trotz dem Bestehen zahlreicher Kartelle, frei.“ Dabei mußte der Präsident des Statistischen Reichsamtes und des Instituts für Konjunkturforschung, Dr. Wagemann, in der letzten Sitzung des Bundesausschusses des IAWB feststellen, daß mehr als 50 Prozent der deutschen Wirtschaft nicht der freien Konkurrenz unterworfen, sondern verbandsmäßig gebunden sei. Weber fordert zu nüchternem Denken auf; wenn man das tue, „so wird man in den Kartellen nichts anderes zu erblicken haben als Organisationen, die eine ruinöse und damit unzweckmäßige Konkurrenz zu einer geregelten Konkurrenz machen. Das ist nicht Verneinung, sondern Bejahung der Konkurrenzwirtschaft.“ Und einige Seiten später Weber aus, daß es nicht darauf ankomme, daß sich die Konkurrenz vor aller Augen in einem wilden Kampf äußert; es genügt, wenn sie hinter den Kulissen bleibt, aber doch als Regisseur des auf der Bühne sich abspielenden wirtschaftlichen Schauspiels tätig ist.“ Das ist eine Auffassung von dem Wesen der Kartelle, die man bisher

noch nicht gehört hat. Durch die Kartelle soll also die Konkurrenz nicht aufgehoben sein, sondern sie soll auch noch ferner, wenn auch unsichtbar, wirksam bleiben. Obwohl Weber den bekannten Kartelltheoretiker Prof. Liesmann zum Kronzeugen heranzieht, so unterläßt er es doch, folgende Begriffsbestimmung mitzutellen, die letzterer in seinem Werk „Kartelle, Konzerne und Trusts“ auf Seite 10 gibt: „Unter Kartellen verstehen wir freie Vereinbarungen oder Verbände zwischen selbständig bleibenden Unternehmern derselben Art zum Zweck monopolistischer Beherrschung des Marktes. Die Zweckbestimmung, die monopolistische Beherrschung oder doch Beeinflussung des Marktes, ist natürlich das Wesentlichste in dieser Definition; die Kartelle wollen in ihrem Absatzgebiet die Konkurrenz möglichst ausschalten. Auf diesem Monopolcharakter der Kartelle beruhen sowohl ihre günstigen wie ihre ungünstigen Wirkungen... Kartelle sind also Unternehmerverbände mit monopolistischem Zweck.“ Das ist etwas ganz anderes, als das, was Prof. Weber als Zweckbestimmung der Kartelle in seiner Polemik gegen Schmalenbach hinstellt.

Interessant ist aber, was Prof. Weber in diesem Zusammenhang über das Problem Kartelle und Gewerkschaften ausführt. Es ist sonderbar, daß in der öffentlichen Meinung das Urteil über Kartelle einerseits und Gewerkschaften andererseits soweit auseinanderginge. Die Gewerkschaften werden wesentlich günstiger beurteilt als die Kartelle. Und doch handelt es sich in beiden Fällen um Marktorganisationen, die durch einheitliches Vorgehen die Preise und Leistungen regeln und den Versuch machen wollen, die Marktbedingungen für längere Zeit zu ordnen... Dabei ergeben sich aber schon bei der Betrachtung der äußeren Wirksamkeit bemerkenswerte Unterschiede. Die Kartelle beeinflussen lediglich die Preisbildung eines meist erfahrbaren fertigen Produkts, die Gewerkschaften dagegen den Preis eines unentbehrlichen Produktionsfaktors.“

Die Gewerkschaften hindern durch die Anwendung des Kampfmittels, den Streik, nicht nur die Konjunktur-entwicklung, sondern auch die Neubildung von Kapital. So kann nach Weber kein Zweifel darüber bestehen, daß durch die Gewerkschaften der Erfolg der bestehenden Wirtschaftsordnung viel ernster gefährdet werden kann, als durch die Kartelle.“ Das sind Vergleiche und Meinungen, die nur in einem Gehirn entstehen können, welches sich den Unternehmern verschrieben hat. Und auch die weiteren Ausführungen Webers in der betreffenden Broschüre zeigen, daß die privaten Monopolisten sich keinen besseren Verteidiger wünschen können als diesen Professor der Staatswissenschaften aus München. Nach der ganzen Einstellung dieses Herrn ist es nicht sehr verwunderlich, wenn er noch folgendes schreibt: „Wir dürfen ohne Übertreibung sagen, daß für den Volkswirt eine der ernstesten Sorgen für das wirtschaftliche Deutschland der Gegenwart ist, daß die proportionalen Kosten, die Löhne im weitesten Sinne des Wortes, zu stark gestiegen sind.“ Es ist immer wieder die alte Leier, und sogar in wissenschaftlichen Abhandlungen findet man nichts anderes: Die Einrichtungen, die der Kapitalismus geschaffen hat, sind vortrefflich, nur die bösen Gewerkschaften mit ihrem Eintreten für die Interessen der Arbeitnehmer verhindern die Erfolge. Wir brauchen uns mit derartigen Auslassungen weniger auseinanderzusetzen.

Nun noch einige Worte zu dem Thema Gewerkschaften und Kartelle. Daß die Gewerkschaften die Arbeitskraft zusammenschließen wollen, ist natürlich richtig. Wenn sie zur Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder zu einem Streik greifen oder die Arbeitskraft in gewissen Momenten oder in bestimmten Bezirken zu verknappen suchen, so ist es u. E. weniger gefährlich als jene Maßnahmen, die die Kartelle anwenden. Denn die Gewerkschaften greifen zu jenem Mittel nur in der äußersten Not. Die Kartelle und Syndikate hingegen wenden jene Mittel der organisatorischen Verknappung Jahre, teilweise Jahrzehnte hindurch an und schädigen die Volkswirtschaft durch ihre einseitige Politik weit mehr, als wenn die Gewerkschaften einmal zu den gleichen Methoden der Marktbeeinflussung greifen. Hinzu kommt noch eins: Die Gewerkschaften haben bedauerlicherweise erst einen Teil der Arbeiter umfaßt. Die meisten Kartelle aber haben nur mit ganz wenigen Außenseitern zu rechnen. Daß die Gewerkschaften bezüglich der Durchsetzung ihrer Interessen sich der Hilfe des Staates bedienen, ist richtig. Auf der anderen Seite kann aber nicht bestritten werden, daß die kartellierten Industrien der Hilfe des Staates weit mehr teilhaftig geworden sind als die Gewerkschaften.

Kartelle und Gewerkschaften sind die Spitzen zweier entgegengesetzten Interessen in dem Kampfe um das Sozialprodukt. Nach unserer Meinung kann es nicht zweifelhaft sein, daß es besser ist, wenn ein größerer Teil des Arbeitsertrages dem arbeitenden Teil der Bevölkerung zufließt. Es ist für die Kultur-entwicklung weniger wichtig, erhöhte Profite anzuhäufeln, als für den größten Teil der Menschheit ausreichende Lebensmöglichkeiten zu schaffen. Auch bei Weber scheint etwas ähnliches aufzudämmern, denn in dem letzten Abschnitt seines Buches schreibt er: „Die sozialistische Wirtschaftsordnung ist eine Unmöglichkeit. Aber das soziale Ziel, das den Sozialisten vorzwehlt, ist das Königsproblem der Sozialökonomie und der ökonomischen Politik: Es gilt, jedem Menschen, auch dem kleinsten und unbedeutendsten, ein ideell und materiell menschenwürdiges Dasein zu schaffen.“

Wenn schon das soziale Ziel das Königsproblem der Sozialökonomie ist, dann begreifen wir nicht, warum Weber 31 Seiten eines Buches aufgewandt hat, um das Gegenteil zu beweisen. Weber ist allerdings der Meinung, daß das soziale Ziel nur „unter der Führung des kapitalistischen Unternehmers“ erreicht werden kann. Wir sind der Meinung, daß der kapitalistische Unternehmer ganz andere Ziele und Interessen hat, als das soziale Ziel zu verwirklichen, d. h. jedem Menschen „ein materiell menschenwürdiges Dasein“ zu schaffen. Diesen Zustand herbeizuführen, bleibt den Hilfsbedürftigen selbst überlassen.

Frauenfragen.

Mehr Mitarbeit der Frauen im Gewerkschaftsleben!

Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter.

Die Reichsverfassung spricht in vielen Artikeln von der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter. Man sollte meinen, daß somit die ganze breite Masse des Volkes auf einer Linie vereint sei, weil gleiche Rechte und Pflichten Männer wie Frauen zu enger Zusammenarbeit verpflichten. Wie ist das nun in der Gewerkschaft? Der Kollege hat den Kollektivgedanken zum größten Teil erfaßt. In Staat und Wirtschaft zeigt und beweist er, daß er den Willen hat, mitbestimmend zu wirken, um die alten Wirtschafts- und Gesellschaftsformen mit freieren zu vertauschen, dem Arbeiter und der Arbeiterin im sozialistischen Staate einen gerechten Ausgleich für die Hingabe ihrer Arbeitskraft zu schaffen.

Es sind keine Utopien, wenn wir glauben, daß diese privatkapitalistische Wirtschaft einmal abgelöst wird von einer demokratischen Wirtschaft, in der alle Schaffenden mit gleichen Rechten ausgestattet sind. Überall haben wir die besten Anzeichen dafür, daß unsere Hoffnung sich zu verwirklichen beginnt; zum Beispiel das W. Arbeitsgesetz, das den Kollegen und die Kollegin zur Mitbestimmung und Mitverantwortung heranzieht, die gewaltigen Aufstiege der genossenschaftlichen Betriebe, die verschiedensten wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates, und dem gegenüber ein erbitterter Kampf des Unternehmertums gegen alle Einrichtungen, die dem privatkapitalistischen Gedanken feind sind. Das ist die heutige Lage. Besonders scharfen Kampf führen sie gegen die Gewerkschaften als die Träger des sozialen Gedankens. — Aussperrungen, Betriebsbeschränkungen, Entlassungen, Nichtlinien der Arbeitgeberverbände an ihre Mitglieder über Tarifkündigung und Wirtschaftsführung sind beredte Zeugen für die Gefahr, die die Unternehmer in den Gewerkschaften für sich erblicken.

Wenn wir aber unsere eigenen Reihen mustern, dann muß man leider feststellen, daß es unter den Arbeiterinnen nur sehr wenige gibt, die die Rechte, die ihnen die Reichsverfassung zugestehet, auch ausüben, und die nun auch gewillt sind, mitzuwirken und mitzukämpfen bei der Befreiung ihrer eigenen Klasse und ihres eigenen Geschlechtes aus dem alten Joche.

Sieht man sich in den Betrieben um, so sucht man die Kollegin als Vertreterin im Betriebsrat meist vergebens. Ganz abgesehen von weitergehenden Zielen, wäre doch für die Kollegin hier ein Arbeitsfeld gegeben, auf dem sie schon heute ein Stück von dem verwirklichen könnte, was sich die Gewerkschaften als Endziel gesetzt haben, den sozialen Gedanken durch ihre Mitbestimmung im Betriebe auszubreiten und so zu zeigen, daß auch wir Frauen gewillt sind, an der Herbeiführung einer neuen Wirtschaftsordnung mitzuarbeiten. Sagen wir doch nicht, wir seien dem Amte nicht gewachsen, das läge der Frau nicht! Gerade die Frau kann am meisten Sinn und Verständnis für hygienische Mängel im Betriebe, für die soziale Notlage der Arbeiterinnen haben. Und kann sie es auch nicht in schön gewählte Worte kleiden, so kann sie es aber doch in einfacher Sprache, so wie ihr „der Mund“ gewachsen ist, dort mitteilen, wo sie tatkräftige Vertretung ihrer Interessen findet. Nur muß sie den Willen haben, mitzuhelfen. Sie würde dadurch eine ganz gewaltige Stütze in der heutigen Gewerkschaftsbewegung ausfüllen.

Noch ist es der Kollege, der fast ausschließlich die Rechte in Anspruch nimmt, die ihm nach Gesetz und Verfassung zustehen, und doch sind die gleichen Rechte auch uns Kolleginnen zugesichert. Wir sind doch gleichberechtigt! — Warum helfen wir uns nicht selbst, wo wir es doch könnten? Warum denken wir nicht weiter? — Warum sind wir denn so teilnahmslos selbst in den Versammlungen und machen aus unserem Herzen eine Mördertüte? Gerade in den Verbandsversammlungen ist uns Gelegenheit gegeben, über Tatsachen, Ziele, Mängel und Kämpfe mit den Kollegen Meinungsaustausch zu pflegen. Wieder ist es der Kollege, der fast ausschließlich sich in den Versammlungen durchsetzt, während die Kollegin mit den gleichen Sorgen in der Ecke sitzt und nicht wagt, ihre Gedanken laut werden zu lassen. Und doch wäre hier in der Versammlung Gelegenheit gegeben, ein Stück produktive Arbeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu leisten, eine Arbeit, deren gute Wirkung sich bald zeigen würde. Noch stehen die Frauen den Männern zahlenmäßig im Organisationsverhältnis nach. — Ich will nicht abstreiten, daß auch der Kollege, obwohl er selbst mit dem Schlagwort „Gleichberechtigung von Mann und Frau“ herumwirft, noch nicht Wert genug darauf legt, die Frauen in die organisierten Reihen zu bekommen. Aber gerade deshalb müssen wir Kolleginnen uns selbst durchsetzen. Eben weil wir noch so viel zu arbeiten haben, weil wir noch mehr als der Mann unter dem wirtschaftlichen Druck zu leiden haben, weil unsere Befreiung eigentlich von uns selbst abhängt —, darum müssen wir uns die Gleichberechtigung mit dem Manne zunutze machen, indem wir an seiner Seite mit gleichen Mitteln vorrücken und nicht ruhen, bis auch die Letzte in unseren Reihen ist.

Ich weiß, es ist schwer, die Arbeiterinnen zu organisieren, und noch schwerer, sie in der Organisation zu halten. Aber es bleibt kein anderer Weg, als alles zu versuchen, um alle noch Abseitsstehenden zu erfassen.

Das bessere Organisationsverhältnis bei den Kollegen und ihre Erfolge — dem gegenüber die schwere Organisationsmöglichkeit bei den Arbeiterinnen und die damit verbundene Rückständigkeit in sozialer und kultureller Beziehung —, lassen uns diese Arbeit als notwendig genug erscheinen. Wir müssen endlich darangehen, daß wir jene Rechte, die uns aus dem Gesetz und der Verfassung zustehen, nun auch ausüben. Darum wollen wir alle, die wir die Notwendigkeit der Gewerkschaftsarbeit erkennen, an die Organisation gehen, um endlich zu beweisen, daß auch wir

Der Lebensstandard der dänischen Arbeiter entspricht ihrer organisatorischen Stärke. Die Wochenlöhne für erwachsene Männer betragen 57 bis 90 Mk. und für Frauen 35 bis 45 Mk. Und trotzdem lebt der dänische Kapitalismus. Die Lebensverhältnisse sind etwas teurer als bei uns. Während zum Beispiel selbst in dem teuren Kopenhager ein Pfund Rindfleisch 1,12 bis 1,25 Mk. kostet, müssen für die gewöhnlichsten Schuhe 18 bis 22 Mk. und für einen konfektionierten Anzug 90 bis 125 Mk. gezahlt werden. Trotz dieser Preise aber ist das Verhältnis zwischen Lohn und Warenpreis für den Arbeiter günstiger als bei uns. Sehr teuer für unsere Begriffe ist dagegen das Bier. Ein Viertel liter kostet überall mindestens 60 Pf. Und noch teurer ist der Whisky, jener Schnaps, der früher ein Volksgetränk war und auf dem jetzt eine sehr hohe Steuer liegt. Und das ist kein Unglück. Je mehr der Alkohol zum teuersten Genussmittel gemacht wird, desto besser für das Volk, für die Arbeiterschaft. Denn billiger Alkohol war noch immer und überall ein billiger Helfershelfer für die Machtgelüste der besitzenden Klasse, ganz abgesehen von seiner verheerenden Wirkung auf die Volksgesundheit.

Dänemark hat auch seinen Militarismus. Aber auch hier merkt man den Einfluß der Arbeiterklasse. Es besteht wohl noch eine Wehrpflicht vom 22. Lebensjahre an, aber die aktive Dienstzeit beträgt nur sechs Monate, und das stehende Heer zählt nur 11 000 Mann.

Der Blick in die Verhältnisse eines fremden Landes war mir sehr nützlich. Die kameradschaftliche Art der dänischen Genossen hat mir eins deutlich aufzeigen können mit dem Stand ihrer Organisationen, ihrer Presse, ihres Kultur-niveaus und ihres Lebensstandards, nämlich, daß sie ihre besseren Verhältnisse nur ihrer geeinten eigenen Kraft verdanken. Sie sind einig geblieben, haben jede Spaltung abwehren können und haben sich damit die Kräfte zu planmäßiger Entwicklung erhalten. Lernen wir von ihnen!

Franz Dianzies, Leipzig

Arbeiterinnen gewillt sind, heute und auch in Zukunft mitbestimmend, mitverantwortlich an der Gestaltung des Lebens der Arbeiterchaft zu wirken.

Unsere Befreiung soll unser eigenes Werk sein!

B. R.

Berichte aus den Zahlstellen.

Altenburg. Zu den Betriebsratswahlen in den Mineralwerken Rostk waren diesmal entgegen den früheren Gepflogenheiten zwei Listen eingereicht. Die zweite Liste war durch Mitglieder des gelben Gewerksvereins und des Stahlhelms zusammengestellt.

Siehefeld. Um unseren Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, sich in allen Lebensnöten rasch und sachverständig beraten zu lassen, haben wir in Heiligenstadt eine Rechtsauskunftsstelle eingerichtet.

Hildesheim. Die Zahlstelle Hildesheim hatte zum Sonnabend, dem 18. März 1929, ihre Mitglieder eingeladen, die Ehrung der Jubilare festlich zu begehen.

Kassel. Das ehemalige Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes und der Ortsverwaltung Kassel, Arnold Koch, der nicht nur in unserer Organisation, sondern auch im Reichsbanner und der Freidenkerorganisation eine wenig rühmliche Rolle gespielt hat, trat vor ungefähr zwei Jahren wieder in den Schoß der alleinseligmachenden (katholischen) Kirche zurück.

Köln. In diesem Jahre können wir mit dem Ausgang der Betriebsratswahlen für die chemische Industrie des Kölner Bezirkes besonders zufrieden sein. Es ist uns gelungen, in allen Betrieben das Interesse an den Wahlen erheblich zu steigern.

Ludwigshafen. Die Betriebsratswahlen in der J. G. Farbenindustrie, A.-G., Werk Ludwigshafen und Oppau, am 23. und 25. März 1929, standen unter dem Zeichen der verstärkten kommunistischen Agitation.

Ratibor. Die Betriebsratswahlen in den Siemens-Plantawerken fanden am 23. März statt. Seit fünf Jahren war zum ersten Male eine Stimmenerhebung notwendig, weil die KPD im Verein mit den Unorganisierten nach den Weisungen Moskaus eine Gegenliste eingereicht hatte.

Wiesdorf. Betriebsratswahl der J. G. Farbenindustrie in Leverkusen. In Zeitungsartikeln wurde eine lebhafteste Agitation für die Aufstellung einer Liste „Opposition“ für die Betriebsratswahl betrieben.

Wirtschaftliches.

Was Aufsichtsräte verdienen.

Die großen Großhandelsgeschäfte haben sich immer durch große Freigebigkeit ihren Aufsichtsräten gegenüber ausgezeichnet. Auch die jetzt bekanntgegebenen Geschäftsabchlüsse zeigen, daß die Großhändler nicht aus der Übung gekommen sind.

wo die Aufsichtsratsmitglieder 200.000 Mk. einstecken konnten. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder bei der Deutschen Bank beträgt 65. Demnach bekommt jedes Mitglied die runde Summe von 10.000 Mk.

Kampfeslust bei den Unternehmern.

Der rheinische Großindustrielle Dr. Paul Silverberg hat sich auf der Tagung der Vereinigung Kölner Arbeitgeberverbände über die Probleme der Wirtschaft geäußert. Silverberg glaubt vier Krisen, und zwar eine solche der Reichsfinanzwirtschaft, des Schlichtungswesens, des Handelsvertragswesens und der Kapitalbildung feststellen zu müssen.

Es ist ein starkes Stück Inkompetenz, dessen sich Silverberg schuldig gemacht hat. Er erklärt, daß Kämpfe besser seien als faule Kompromisse, was doch nur so zu verstehen ist, daß die Arbeiterchaft mittels dieser Kämpfe niedergedrungen werden soll.

Verbandsnachrichten.

Abgeschlossen.

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a und 5 des Verbandsstatuts das Mitglied der Zahlstelle Alwin Nickel, Buch Nr. S II 697 224, und auf Grund des § 14 Ziffer 3a (Schädigung der Verbandsinteressen) die Mitglieder der Zahlstelle Elbingtorde (Sax) Paul Martin sen., Buch Nr. 913 625, Paul Martin jun., Buch Nr. S II 544 266, und gemäß des § 14 Ziffer 3a und 5 unseres Verbandsstatuts die Mitglieder der Zahlstelle Goh (Hild.) Peter Marks, Buch Nr. S II 779 547, Jakob Marks, Buch Nr. S II 666 183, Theodor Webers, Buch Nr. 660 334, Joh. Appeldorn, Buch Nr. S II 779 507.

Gestohlene Mitgliedsbücher.

Dem Kollegen August Fabig (Erlau) wurde sein Mitgliedsbuch Nr. II 834 316 gestohlen, ebenso dem Kollegen Othmar March (Harburg), dessen Buch die Nr. II 528 833 trägt. Sollten die Bücher irgendwo vorgezeigt werden, so sind sie zurückzubehalten und dem Hauptvorstand einzulenden.

Die Bezirkszahlstelle Stadtdöndorf

sucht zum sofortigen Antritt einen tüchtigen Geschäftsführer.

Reflektiert wird nur auf eine erste Kraft. Die Bewerbungsschreiben müssen bis spätestens zum 20. April im Besiß des Unterzeichneten sein.

- 1. Lebenslauf des Bewerbers, 2. Abhandlung über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, 3. Welches sind die Aufgaben eines Geschäftsführers in einer Bezirkszahlstelle?

Der Bewerber muß mindestens 8 Jahre Mitglied unseres Verbandes sein. — Das Bewerbungsschreiben ist mit der Aufschrift „Bewerbung“ zu senden an W. Scheinhardt, Hannover, Nikolaisstr. 7, III.

Zahlstelle Leipzig.

Zum Agitationsleiter wurde der Kollege Franz Moritz aus Leipzig gewählt. Allen Bewerbern besten Dank. (2 Mk.)

Literarisches.

Reine Weltgeistbücher. Nr. 293, Jean Baptiste v. Schweizer. Die Gewerkschaftsfrage. Preis 65 Pf.; 152—153, Ferd. Lassalle Tagebuch. Preis 1,25 Mk.; 263—264, Theodor Henß, Führer aus deutscher Not. Preis 1,25 Mk. Friedrich Hertneck hat im Bändchen Nr. 293 Auflage von J. B. v. Schweizer über die Gewerkschaftsfrage zusammengestellt. Das Bändchen bildet ein Seitenstück zu der früher von Hertneck in der gleichen Sammlung herausgegebenen Schrift: „Marx und die Gewerkschaften“ und eine Ergänzung zu dem Bändchen: Lassalle, Offenes Antwortschreiben. Wir ermahnen daher zugleich einen anderen neuen Band der Weltgeistbücher: „Ferdinand Lassalle's Tagebuch“ (Nr. 152—153), der uns Lassalle's eigenartige Persönlichkeit auf Grund von Selbstzeugnissen nahebringt. In unsere Zeit führt uns dann eine Schrift von Theodor Henß, „Führer aus deutscher Not, fünf politische Porträts“ (Nr. 263 bis 264). Das Buch enthält fünf gezeichnete Würdigungen des Wirkens und Lebens und der Persönlichkeiten von Friedrich Naumann, Max Weber, Konrad Hauffmann, Hugo Preuß und Friedrich Ebert. Wir können diese Bändchen jedem empfehlen, der in kurz bemessener Freizeit sein Wissen von den Dingen und Menschen unserer Bewegung und des öffentlichen Lebens unserer Zeit erweitern will und, um Bücher zu erwerben, nur aus kargem Beutel schöpfen kann. Den Vertrieb der Weltgeistbücher an Gewerkschaften hat die Verlagsgesellschaft des WGB, m. b. H., Berlin S 14, Inselstraße 6a, übernommen.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund legt die erste Nummer einer neuen wissenschaftlichen Zeitschrift vor. Sie betitelt sich „Der Beamte“. In der Hauptfrage soll sie dazu berufen sein, Beamtenrecht und Beamtenpolitik zu untersuchen. Wie die erste Nummer zeigt, ist sie aber weit darüber hinausgewachsen. Klangevolle Namen des heutigen politischen Lebens marschieren als Mitarbeiter auf. Auch wirtschaftliche Probleme finden ihren Niederschlag. Durch Rubriken werden die Bezüge über Beamtenrecht und Beamtenbeholdung, Gesetzgebung, Wirtschaft und vieles andere angeklärt. Die verheißungsvolle Schrift erscheint 26 Seiten stark.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Ein neuer Produktionsweg der Vereinigten Glanzstofffabriken, A.-G.

Es ist bekannt, daß die Kunstseideindustrie infolge der äußerst starken Konkurrenz rastlos bestrebt ist, die Produktions- und Verarbeitungsverfahren für die Kunstseideindustrie auszubauen.

In der Fachpresse kann man fast täglich von neuen Produktions- und Arbeitsverfahren für Kunstseide lesen. So bringt die Presse als neueste Meldung die Nachricht, daß es den Vereinigten Glanzstofffabriken, A.-G., jetzt gelungen sei, durch die Einführung des Willensfeld-Verfahrens, das die Erzeugung eines sehr starken Fadens ermöglicht, auch Kunstseide-Nähgarne herzustellen. Die bisherigen Versuche, Nähgarne aus Kunstseide herzustellen, scheiterten an der Feinheit der Kunstseidefäden, die ein Verzwirnen nicht zuließ. Durch das obengenannte Verfahren sind diese Mängel behoben. Die fabrikmäßige Herstellung hat begonnen, so daß man damit rechnen kann, daß in kurzer Zeit auch Kunstseide-Nähgarne auf dem Markt erscheinen werden.

Wie der „Manchester Guardian“ berichtet, ist dies Problem auch in England gelöst worden. Der Firma Lister & Co. in Bradford soll ebenfalls der Versuch geglückt sein, Nischsefäden zu verzwirnen und zu Kunstseide zu verarbeiten. Damit wird es der Kunstseideindustrie gelingen, einen Massenverbrauchsartikel auf den Markt zu bringen, der zweifellos der Kunstseideindustrie ein neues Betätigungsfeld erschließen wird. In welchem Umfange Betriebe, die jetzt von einem anderen Rohmaterial ausgehen, wirtschaftlich durch Einführung von Kunstseide-Nähgarn betroffen werden, ist vorläufig nicht abzusehen. R. S.

Kunstschellack

Schellack ist heute für viele Industrien ein begehrter Grundstoff. Er findet in der Fabrikation von Schallplatten, in der Elektroindustrie sowie im Maler- und Lackierergewerbe usw. weitgehende Verwendung.

Naturschellack ist ein Produkt, das aus den Ausschüngen einiger indischer Bäume hergestellt wird und bildet im Rohzustande eine harzartige Masse, die in Form von gelblichbraunen Blättchen in den Handel kommt. Die chemische Industrie, die seit langem mit Erfolg bestrebt ist, in immer größerem Umfange chemische Rohstoffe aus synthetischem Wege herzustellen, hat nun auch das Problem eines Kunstschellacks für Schellack gelöst. Aus England kommt die Nachricht, daß unter der Firmenbezeichnung Brownlac ein Unternehmen mit einem Kapital von 100 000 Pfund gegründet worden ist, das einen hochwertigen Kunstschellack herstellen soll.

Die große Bedeutung dieser Betriebsgründung ist darin zu suchen, daß die Herstellungskosten per Tonne 40 Pfund betragen sollen, hingegen auf dem freien Markte heute für das gleiche Quantum Naturschellack etwa 200 Pfund gezahlt werden müssen. Das ist eine Differenz von 400 Prozent im Preis. Die ausschließliche Lieferung dieses Kunstproduktes für Zwecke der Schallplattenherstellung hat sich der Vocalion-Konzern gesichert. Diese Firma, die bereits Versuche mit dem neuen Produkt gemacht hat, teilt darüber in einem Rundschreiben an ihre Aktionäre mit, daß damit ebenso günstige, wenn nicht sogar noch bessere Ergebnisse erzielt worden seien als mit Naturschellack.

Mit Einführung dieses neuen Rohstoffes dürften sich die Herstellungskosten für Schallplatten ganz bedeutend ermäßigen. Ob das auch einen Ausbruch im Massenverbrauch finden wird, d. h. ob die Einführung dieses neuen Rohstoffes auch den Käufern zugutekommen wird, muß man allerdings erst abwarten. R. S.

Explosion in einer amerikanischen Sprengstofffabrik

Aus New-York kommt die Meldung, daß in Gipsstown im Staate New-Jersey in einem Betrieb der chemischen Gesellschaft Dupont de Nemour (amerikanischer Chemietrust) 3000 Liter Nitroglycerin aus bisher noch unbekanntem Grund explodierten, wodurch fürchterliche Verwüstungen angerichtet wurden. Bis jetzt hat man zwei Arbeiter als Leichen geborgen, drei weitere Arbeiter werden vermisst. Im Zusammenhang damit sei darauf hingewiesen, daß die Unfallhäufigkeit in der ausländischen Sprengstoffindustrie im letzten Jahre an Umfang sehr stark zugenommen hat. R. S.

Seh'n sie, das ist ein Geschäft

Esst amerikanisch klingt die Mitteilung, daß der amerikanische Chemie-Großkonzern E. I. Dupont de Nemour & Co. beabsichtigt, im Laufe dieses Jahres die Summe von 3 Millionen Dollars, das sind 18 Millionen Mark, allein für Zeitungreklame auszugeben. Reklame, das heißt Aufmerksamkeit erregen, Käufer anlocken. Das kostet den Produzenten in den meisten Fällen sehr viel Geld. Was ist daher natürlicher, als daß er sich die Unkosten, die er für Anlockung und Überzeugung des Käufers aufwenden mußte, von diesem wieder zurückzahlen läßt. Der Käufer ist immer der Leidtragende.

Hohe Werbekosten — selbstverständlich hohe Preise. Was muß an Industrieerzeugnissen verdient werden, für die solche Reklamekosten aufgewendet werden. Wenn drängt sich beim Lesen solcher Zeilen nicht der altbekannte Wankellängervers auf:

„Seh'n Sie, das ist ein Geschäft,
Das bringt noch was ein,
Ein jeder aber kann das nicht,
Das will verstanden sein.“ R. S.

Papier-Industrie

Der Hartmann-Konzern.

Der verstorbene österreichische Hofrat Wilhelm Hartmann, Inhaber der Packpapier-Großhandlung Wilhelm Hartmann u. Co. in Wien, suchte während der Kriegsjahre durch Akquisierwerb die Natronzellstoff- und Natronpapier-Produktion an sich zu ziehen. Das ist ihm im großen und ganzen gelungen. In den Inflationsjahren versuchte die mittlerweile gegründete Wilhelm Hartmann u. Co. m. b. H. mit dem Sitz in Berlin, auch in andere Zweige der mitteleuropäischen Papiererzeugungs-Industrie einzudringen. Heute besitzt der Hartmann-Konzern die Natronzellstoff- und Papierfabriken A.-G., er hat die Aktienmajorität der Druckpapierfabrik Krappitz (O.-S.) und der Gräflich Donnermarkischen Papierfabrik in Frantschthal (Österreich). Die von der Natronzellstoff- und Papierfabriken A.-G. nach der Abtretung eines Teils von Oberschlesien an Polen abgetrennte Stahlhammer Natronzellstoff- und Papierfabriken A.-G. befindet sich mit dem Hartmann-Konzern in einer Interessengemeinschaft. An der Dresdener Chromo- und Kunstdruckpapierfabrik von Krause u. Baumann in Heidenau ist der Hartmann-Konzern mit 51 Prozent beteiligt. Von den Aktien der Lepkam-Josephthal A.-G. für Papier- und Druckindustrie in Prag besitzt der Hartmann-Konzern 25 Prozent. Weiterhin ist er an dem Aktienbesitz der Heinrichsthaler Papierfabrik A.-G. in der Tschechoslowakei gleichfalls mit 25 Prozent beteiligt. Die Erzeugung der von der Wilhelm Hartmann u. Co. m. b. H. in Berlin als Holding-Gesellschaft kontrollierten Werke wird für das Jahr 1928



auf 160 000 Tonnen im Werte von 65 bis 70 Millionen Reichsmark geschätzt. Nachstehend bringen wir eine Zusammenstellung der im Besitz des Hartmann-Konzerns befindlichen oder von diesen kontrollierten Werke:

Werte	Aktienkapital	Jährliche Produktionskapazität
Natronzellstoff- und Papierfabrik A.-G.	6500000 RM.	
Werk:		
Altbaum	—	8000 t Zellstoff, 12500 t Papier
Arnstadt	—	1100 „ Holzschiff, 1440 „
Brachelen	—	— „ — „ 3600 „
Prilebus	—	5400 „ Holzschiff, 6800 „
Ober am Harz	—	— „ — „ 10500 „
Zellstoff Krappitz	—	32000 „ Zellstoff, 12000 „
Druckpapier Krappitz	2000000 RM.	15000 „ Holzschiff, 18000 „
Krause u. Baumann	7000000 RM.	25000 „ Papier und Karton
Natronzellst. u. Papierfabrik Stahlhammer	3000000 Sch.	18000 t Zellstoff, 7200 t Papier
Heinrichsthaler	—	—
Papierfabrik A.-G.	6000000 Ko	5400 „ Zellstoff, 6750 „
		600 „ Dedel, 195 t Pressspan
Papierfabrik Frantschthal	?	15000 „ Zellstoff, 500 t Papier
Lepkam-Josephthal	12000000 Sch.	Papier 2750 Waggons
		Zellstoff 2400
		Holzschiff 620
		Karton 200
Werk:		
Papierfabrik Gratwein	—	—
„ Witten	—	—
„ Wampersdorf	—	—
„ Breitenau	—	—
Holzschiff Spittal	—	—
„ Thörl	—	—
„ Schwarzau	—	—
„ Obersdorf	—	—
Mühle Wimpasing	—	—

Die Produktionskapazität des Hartmann-Konzerns in der mitteleuropäischen Zellstoff- und Papiererzeugungs-Industrie wird nur noch vom Waldhof-Konzern übertroffen und vom Wschaffenburg-Konzern erreicht.

In der Natronzellstoff-Produktion besitzt der Hartmann-Konzern in Deutschland eine monopolartige Stellung, die außer in seinen Konzernbetrieben nur noch in den Bayerischen Zellstoffwerken, A.-G., Regensburg, die sich im Besitz des Harrison-Konzerns befinden, Natronzellstoff hergestellt wird. Ebenso dürfte er das Monopol in der Herstellung von sogenannten Kraftpackpapieren in Deutschland besitzen. Bis heute war es selbst der skandinavischen Konkurrenz noch nicht möglich, das Monopol des Hartmann-Konzerns in der Herstellung von Sockpapier zu zementieren zu durchbrechen. Die Papier- und Zellulosefabrik Kofheim hat der Hartmann-Konzern an den Verein für Zellstoffindustrie, A.-G., wieder abgetreten.

Die Rentabilität der einzelnen Konzernwerke ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Werke:	Dividende 1927 in Prozent
Natronzellstoff- und Papierfabriken, A.-G.	10
Natronzellstoff- und Papierfabriken, Stahlhammer	20
Papierfabrik Krappitz, A.-G.	4
Krause u. Baumann, Heidenau	8
Papierfabrik Heinrichsthal	10
Lepkam-Josephthal	0
Papierfabrik Frantschthal	3

Aus der nachstehenden Zusammenstellung geht, soweit wir es ermitteln konnten, die Zahl der Arbeiter und Angestellten der vom Hartmann-Konzern kontrollierten Werke hervor:

Werke:	Zahl der Beschäftigten: Arbeiter	Angestellte
Natronzellstoff- und Papierfabriken, Altbaum	400	25
Papierfabrik Arnstadt	90	10
Papierfabrik Brachelen	80	7
Papierfabrik Prilebus	115	10
Papierfabrik Ober	130	15
Zellstoffwerke Krappitz	700	40
Papierfabrik Krappitz	470	?
Natronzellstoff- und Papierfabriken, Stahlhammer	800	40
Krause u. Baumann, Heidenau	1580	?
Papierfabrik Heinrichsthal	740	40

Leider war es uns nicht möglich, die Zahl der Arbeiter und Angestellten in der Lepkam-Josephthal-A.-G. und in der Gräflich Henckel von Donnermarkischen Papierfabrik in Frantschthal zu ermitteln. Die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer dürfte aber immerhin auch einige tausend betragen.

Der Hartmann-Konzern stellt heute nicht nur produktiv-technisch, sondern auch sozialpolitisch einen Nachschub dar, an dem die in seinen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer nicht gleichgültig vorbeiziehen sollten. Deshalb muß einer Wirtschaftsmacht der Unternehmerklasse die gewerkschaftlich organisierte Macht der beschäftigten Arbeitnehmer gegenübergestellt werden. O. Stähler.

Niederschrift

Über die Sitzung des Tarifamts der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie am 28. März 1929 zu Berlin. Anwesend sind

- als Arbeitgeberbeisitzer die Herren: Diamant, Endler, Kluge, Dr. Leopold;
 - als Arbeitnehmerbeisitzer die Herren: Graf, Eins, Rüdker, Stähler.
- Vorsitz turnusgemäß: Herr Diamant.
Schriftführer turnusgemäß: Herr Graf.
- Antrag auf Lohnregelung für die Gruppe Bayern.
Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren Blumstein und Haindl, für die Arbeitnehmerseite die Herren Hoelzl, Mater und Weber. Es wird zur Sache verhandelt.
Ein Spruch kommt wegen Stimmengleichheit nicht zustande.

Nahrungsmittel-Industrie

Konferenzen der Öl- und Margarinearbeiter.

Für die Öl- und Margarineindustrie fanden für West- und Norddeutschland zwei gemeinsame Konferenzen statt. Die erste Konferenz tagte am 17. März in Krefeld und die zweite am 20. März in Hamburg. Beide Konferenzen waren von insgesamt 92 Funktionären besucht. Die Tagesordnung auf beiden Konferenzen lautete:

- Konzernbildung und Rationalisierung in der Öl- und Margarineindustrie.
- Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit.
- Branchenangelegenheiten.

Zu Punkt 1 gab der Kollege Senkfeld in beiden Konferenzen eine Übersicht über die Konzernentwicklung und über die Auswirkung der Rationalisierung in der Öl- und Margarineindustrie. Der Redner zeigte an zahlreichen Beispielen, wie sich die Rationalisierung in beiden Industriezweigen ausgewirkt hat. In der Industrie ist ein wesentlicher Rückgang der Zahl der Beschäftigten in den letzten Jahren nur dadurch vermieden, daß die Produktion stark gestiegen ist. Die Raffinations- und Härtingsanlagen sind noch mehr ausgebaut und durch weitere Veredelung der Öl- ist so neue Arbeitsgelegenheit geschaffen.

In der Margarineindustrie ist die technische Entwicklung weitgehend durchgeführt. Immer mehr Betriebe werden stillgelegt und die Produktion auf andere Betriebe verlegt. Dazu wird die Beschäftigungszahl in den noch arbeitenden Betrieben dauernd reduziert. 1913 stellten zirka 7500 Beschäftigte rund 240 000 Tonnen Margarine her. Die Beschäftigungszahl von 1928 betrug nicht ganz 8000, die Produktion aber ist auf rund 450 000 Tonnen, also um beinahe das Doppelte, gestiegen.

Beide Industriegruppen werden von zwei großen Konzernen beherrscht, die zu einem Kartell vereinigt sind. Dem Kartell ist außerdem noch ein dritter Konzern angeschlossen, der in erster Linie die Seifenindustrie beherrscht. Die Konzerne über das Kartell beherrschen rund 50 Prozent der Produktion in der Ölindustrie und rund 75 Prozent der Produktion in der Margarineindustrie. Wir stehen einem mächtigen wirtschaftlichen Gegner gegenüber, der aber gemaltige Kapitalien verfügt und international ist. Rücksichtslos werden Betriebe stillgelegt und die Produktion immer mehr zusammengedrängt. Wollen wir uns diesem Gegner gegenüber behaupten, dann bedarf es auf unserer Seite einer einheitlichen geschlossenen Organisation.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung gab Kollege Adler eine Übersicht über die Entwicklung der Arbeitszeit. Es sei ein alter Grundsatz, daß die Gewerkschaften das, was später durch Gesetz festgelegt werde, erst in zähen Kämpfen vorher erringen müßten. Lange bevor der Achtstundentag durch Verordnung festgelegt wurde, haben wir für ihn gekämpft und Opfer gebracht. 1913 fand man sich in Unternehmerkreisen mit dem Achtstundentag ab. Sobald aber die Arbeitgeber merkten, daß ihnen die Zeit günstig war, wurde auch der Kampf gegen den Achtstundentag aufgenommen und er wird mit zäher Energie fortgesetzt. Redner schilderte alsdann die einzelnen tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen über Arbeitszeit, Leistung von Überstunden usw. und gab dann einen Überblick über die rechtliche Stellung der Betriebsräte bei der Durchführung dieser Bestimmungen usw. Die Durchführung der gesetzlichen und tariflichen Rechte in den Betrieben erforderter wachsame Arbeiterräte und eine gute Organisation.

Der Rationalisierung wenden wir unsere volle Aufmerksamkeit zu. Das große Meer der Arbeitslosen zeigt uns, daß zunächst eine strenge Durchführung des Achtstundentages erforderlich ist, um mehr Leute in den Betrieben unterbringen zu können. Mit der fortschreitenden Entwicklung taucht die Frage auf, ob nicht der technische Fortschritt eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit erfordert. Aber auch hier werden die Gewerkschaften erst wieder Vorarbeit leisten müssen. Lassen doch die heutigen gesetzlichen Bestimmungen noch reichlich Ausnahmen über den Achtstundentag hinaus zu. Gesetzliche Maßnahmen zu einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit sind in nächster Zukunft nicht zu erwarten. Wir sind hier auf die eigene Kraft angewiesen. Das bedingt, daß wir alles daransetzen müssen, um in den Betrieben eine einheitliche Organisation zu schaffen.

Auf die Vorträge folgte auf beiden Konferenzen eine rege Aussprache. Diese bewegte sich nach zwei Richtungen. Alle Diskussionsredner klagten darüber, daß die Rationalisierung nicht nur immer den Menschen durch die Maschine ersetze, sondern daß auch durch die Rationalisierung immer höhere Anforderungen an die menschliche Arbeitskraft gestellt würden. Immer mehr wird das Letzte aus dem Menschen herausgeholt, was herauszuholen ist. Am schlimmsten sei es in den Konzernbetrieben. Hier werden die Leistungen des einen Betriebes immer gegen den anderen aus-

spieß. Was in einem Betriebe nicht erreicht wird, wird im anderen versucht, und zwar so lange, bis sich ein Betrieb findet, in dem es endlich erreicht wird. Ist aber dann in einem Betriebe eine höhere Leistung durchgeführt, so sollen die anderen Betriebe unbedingt folgen, auch dann, wenn die technischen Einrichtungen nicht immer dementsprechend sind. Das führt zu einem Antreiber-System, das oft kaum noch zu ertragen ist.

Andererseits wurde von den verschiedenen Diskussionsrednern immer wieder gefordert, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen dem technischen Fortschritt angepaßt werden. Es wurde darauf verwiesen, daß die Lohnhöhungen der letzten Jahre den Arbeitgebern so gut wie gar keine Mehrbelastungen beim Lohnkonto gebracht haben. Durch Arbeiterentlassungen oder durch Steigerung der Produktion seien die Lohnhöhungen zum größten Teil wieder weitgemacht. Das Arbeitslosenheer werde dadurch immer größer. Besonders wurde auf der rheinischen Konferenz darauf verwiesen, daß heute im Rheinland gegenüber den Jahren 1922 und 1923 nicht mehr die Hälfte, ja fast nur noch ein Drittel an Margarinearbeitern und -arbeiterinnen beschäftigt sind. Das sei für Elend, Noth und Elend besonders hart, da diese Orte in erster Linie auf der Öl- und Margarineindustrie aufgebaut seien.

Allgemein ging die Ansicht dahin, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit angestrebt sei, um so die Auswirkungen der Rationalisierung für die Arbeiterschaft erträglich zu gestalten. Alle Diskussionsredner waren auch der Auffassung, daß die Organisation weiter ausgebaut werden muß, da nur so der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolgreich geführt werden kann.

Auf beiden Konferenzen wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die besagt, daß die fortschreitende Rationalisierung die soziale Lage der Arbeiterschaft zu verschlechtern droht, und daß die Konferenz in einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit ein geeignetes Mittel sieht, um die Auswirkung der Rationalisierung für die Arbeiterschaft zu mildern.

Unter Punkt 3 wurden dann noch einige Branchenangelegenheiten besprochen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Konferenzen von gutem Geist getragen waren. Einmütig kam hier die Meinung zum Ausdruck, daß sich die weitere Entwicklung nicht nur mehr zu Ungunsten der Arbeiterschaft auswirken darf. Man ist vielmehr zu Ansicht, daß auch die Arbeiterschaft ein Anrecht darauf hat, an den Errungenschaften der Technik teilzunehmen. Mit einer kräftigen Hoch auf den Verband der Fabrikarbeiter und mit dem Vorbehalt, im obigen Sinne zu arbeiten, wurden beide Konferenzen geschlossen.

Konferenz der Arbeiter der Konservenindustrie in der Altmark

Am 29. März 1929 tagte im Gewerkschaftshaus (Stendal) eine Konferenz für die Arbeiterschaft der Konservenindustrie für den Bezirk Altmark. Der Gauleiter, Kollege Tolski, eröffnete die Konferenz. Zum Verhandlungsleiter wurde Kollege Wolf (Stendal), zum Mandatprüfer Kollege Schoof (Neuhaldensleben) und zum Protokollführer Kollege Gaud (Langemünde) gewählt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Arbeits- und Lohnbedingungen in der Konservenindustrie. 2. Stellungnahme zur Kündigung des Lohnvertrages.

Zum ersten Punkt ergriff Kollege Tolski das Wort. Er behandelte zunächst die Arbeitszeitsfrage. Die Arbeitgeber der Konservenindustrie fordern in einer Denkschrift, daß für sie der Schichtdienst nicht gelten solle. Sie behaupten, daß ihre Betriebe mit landwirtschaftlichen gleichzustellen seien. Die Konservenindustrie bezieht wohl ihre Rohprodukte aus der Landwirtschaft, ihre Betriebe liegen aber fast nur in den Städten. Die Arbeit in den Betrieben steht in keinem Vergleich zur landwirtschaftlichen Arbeit. Für die Arbeiterschaft liegt eine große Gefahr darin, wenn der Wunsch der Unternehmer erfüllt wird, da die Unternehmer dann auch Landarbeiterlöhne zahlen würden. Allerdings geben die Konferenz-Teilnehmer zu, daß sie einen Stamm von Arbeitskräften brauchen. Das haben sie bisher bei Lohnverhandlungen immer bestritten und behauptet, daß jeder diese Arbeit leisten könne. Dann sprach Kollege Tolski über die Lohnpolitik der Magdeburger Arbeitgeber. Sie beantragten einen Lohnabzug, teilweise bis zu 20 Prozent, und Verlängerung des Vertrages auf zwei Jahre. Der Geltungsbereich der Tarife muß erweitert werden. Ohne Betriebsverträge können wir heute nicht mehr auskommen. Um die Schwundkontrenz anzuschaffen, müssen auch die Arbeitgeber Interesse an solchen Verträgen haben. Die allgemeine Verbindlichkeit muß immer herbeigeführt werden, damit Arbeitgeber, die sich an das Zahlen von Tariflöhnen nicht gewöhnen können, durch Klage beim Arbeitsgericht dazu gezwungen werden. Besonders müssen wir uns bemühen, die Löhne der Frauen den Männerlöhnen mehr anzupassen. Es kommen in der Konservenindustrie nur rund 10 Prozent männliche Arbeiter in Frage.

In seinem Bericht stellte Kollege Schoof (Neuhaldensleben) fest, daß 23 Delegierte und mehrere Gäste aus der Zahlstelle Stendal anwesend sind.

Dann legte eine lebhafte Ansprache ein, an der sich die Kollegen Wiedenbeck (Helmstedt), Schoof (Neuhaldensl.), Geraardt (Seehausen), Enders (Osterburg), Weißhahn (Kilge), Wegner (Gardelegen), Gaud (Langemünde) und Krehl (Stendal) beteiligten.

Kollege Wagner (Gardelegen) unterbreitete der Konferenz eine Entschließung über die notwendige Lohnbewegung, die einstimmig Annahme fand.

Kollege Tolski streifte in seinem Schlußwort noch das Organisationsverhältnis in den einzelnen Betrieben und hob hervor, daß die Frauen sich noch stärker organisieren müssen. Dann wies Kollege Tolski auf die am 21. April in Magdeburg stattfindende Frauenkonferenz hin und forderte die anwesenden Bevollmächtigten auf, Vertreterinnen zu dieser Konferenz zu entsenden. Gaud.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die deutsche Gewerkschaftspresse im Lichte der Kritik.

In der Zeitschrift „Die neue Wächterin“, Heft 3, Jahrgang 1929, befindet sich ein Artikel „Der Aufbau der deutschen Gewerkschaftspresse“. Der Verfasser würdigt die Presse des DGB, durchaus zutreffend und hält auch mit einer Kritik nicht zurück. Wir lesen in dem vorgenannten Artikel u. a.: „Ziffern sind lehrreich. Ziffern bestätigen oft, was wir schon längst wußten. Daß es eine Gewerkschaftspresse in Deutschland gibt, wird wohl jeder gewußt haben. Welchen Umfang aber heute diese Presse hat, werden die meisten Leser der „Neuen Wächterin“ mit Stutzen erfahren. Die deutsche Gewerkschaftspresse hatte im Jahre 1927 eine Gesamtauflage von 221 180 000 Exemplaren.“ Nach einer Wiedergabe der 37 Sonderzeitschriften des DGB, heißt es weiter: „Beachtet man, daß alle diese Zeitschriften Wochen-schriften sind, und vergleicht man ihre Ziffern etwa mit der Auflage der weitverbreiteten „Weltbühne“, die ungefähr 60 000 Exemplare Jahresauflage haben dürfte, so erfährt man mit Stutzen, daß ihre Auflage etwa die der „Völkischer Zeitung“ erreicht, und daß die Gesamtzahl der Wochenblätter die genau zehnfache Auflage hat. Uffizins „Berliner Arbeiter-Zeitung“. Über Inhalt und Geist der deutschen Gewerkschaftspresse wird folgendermaßen geurteilt: „Niemand wird den Gewerkschaftszeitungen das große Verdienst absprechen, am Werden der sozialpolitischen Gesetzgebung, des Arbeiterrechtes, der Sozialversicherung und des Sozialrechtes

aktiv mitgewirkt zu haben. Auch ihre Werbearbeit, unterstützt von Tabellen, Diagrammen und bezeichnenden Anekdoten, ist eine rege und bewerkstelligte. Schon mancher Arbeiter hat durch die Gewerkschaftspresse den Weg zu seiner Organisation gefunden und damit das Riesenheer der Unorganisierten verkleinert, das gegen seine eigenen Interessen handelt, die Macht der Unternehmer und des kapitalistischen Systems stärkt. Auch die behandelten Fachfragen und berufstechnischen Aufklärungen sind oft ausgezeichnet erörtert, kenntnisreich und verständlich dargestellt.“ — Der unterhaltende Teil unserer Gewerkschaftspresse kommt bei dem Artikelschreiber schlecht weg. Ein Grund mehr, gerade diesem Teil die entsprechende Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Bedeutung der Gewerkschaftspresse dringt in immer weitere Kreise, wovon auch die angelegene Besprechung Zeugnis ablegt. Zweifellos hat die Presse des DGB einen erfreulichen Wandel durchgemacht. Weitere Verbesserungen im Inhalt und Aufbau stehen bevor. Sie ist unbestritten die größte Pressemacht Deutschlands. Leider wird dies gerade von vielen Gewerkschaftsmitgliedern nicht erkannt. Sie müßten sonst ihrer eigenen Verbandspresse ein viel größeres Wohlwollen entgegenbringen, und sie vor allen Dingen fleißiger lesen und verstehen lernen.

Die Revolutionierung der Familie,

die ihren sichtbarsten Ausdruck im Sinken der Kinderzahl findet, hat auch die Stellung der Frau grundsätzlich verändert. Die Frau war der erste Sklave, das menschliche Arbeitswesen, von der Natur scheinbar rettungslos in die zweite Klasse menschlichen Soldatenstandes veretzt. Das Los der Frau war kurze Bistzeit und dann endlose Schwangerschaft, mit kläglichem Verblühen und hilfloser wirtschaftlicher Gebundenheit an den Ernährer. Einst war die Ehe ihrer Idee nach ausschließliche Sexualgemeinschaft, zwangsläufige Kindergemeinschaft, Arbeits-, Besitz- und Erwerbsgemeinschaft. In allen drei Richtungen bricht das neue Werden alle Formen: Der Wert der Muskelkraft sinkt; der Wert der Nervenkraft steigt. Hier ist die Frau weit weniger unterlegen, an wichtigen Stellen sogar überlegen. Wer wird sie je wieder von der Schreibmaschine, aus den Büros, aus den Werkstätten verdrängen? Beinahe schneller noch als die Möglichkeit wirtschaftlicher Selbständigkeit wuchs der jungen Frauengeneration der glühende Wille dazu. Ihr selbstverständlicher Mut im An-fassen all der mann-geheiligten Leistungen war bewundernswert. Mit dem vollen Eintritt der Frau in die schaffende Arbeit hat die Menschheit ihre Leistungskraft um vielleicht ein Drittel erhöht. Die Frau gewann dabei unvergleichlich an Selbstempfinden und Leistungsfreude, und der Mann verlor nichts dabei.

Julius Strich („Neues Werden in der menschlichen Wirtschaft“).

Kundschau.

Frühlingswachen im Stoffwechsel.

Von Dr. med. Kurt Rasper, Berlin.

Wenn in den Zeitungen berichtet wird, daß die Instrumente der Erdbebenwarte dieses oder jenes Ortes ein viele Tausende von Kilometern entferntes Erdbeben angezeigt haben, dann überschleicht uns ein Gefühl hoher, flamender Bewunderung für die technische Feinheit derartiger Instrumente. Ein Kunstwerk von nicht minder großer Präzision ist aber auch der menschliche Körper. Wer kennt nicht jene berühmten alten Leute, die schon ein oder mehrere Tage vorher durch steigende Schmerzen in ihrem kranken oder verwundeten Bein den nahenden Wetterumschlag prophezeiten! Und wie der alte, gebrechliche, wie der verminderte, so ist auch der gesunde Organismus, wenn auch in anderem Ausmaße, noch empfindlicher gegen Klima, Jahreszeit und Witterung. Das zeigt sich bei besonderer Deutlichkeit gerade im Frühling. Hier reagiert insbesondere unser Seelenleben mit der ganzen Skala der Empfindungen von „unmelhochjuchzend“ bis „zu Tode betrübt“. Der blaue Himmel, die leuchtende Sonne, die milde weiche Luft und das prächtige Kleid der grünen und schwellenden Natur übt auf unseren ganzen Organismus einen wenn auch wissenschaftlich noch nicht ganz geklärten, so doch ungemein deutlichen Einfluß aus. Dessen Wesenart läßt sich noch am besten erfassen in der Umstellung unseres Stoffwechsels im Frühling.

Es ist nicht zu verwundern, daß man heutzutage als Ursache dieser Umstellung den durch das Fehlen von Gewässern und Früchten im Winter bedingten Mangel an Vitaminen und andererseits die mit Einsetzen der frühlingshaften Witterung gesteigerte Tätigkeit der Drüsen mit innerer Absonderung und ihre Stoffwechselprodukte, die Hormone, dafür verantwortlich macht. Vitamine und Hormone beeinflussen die Zusammensetzung unseres Blutes, in dem ein stets gleichbleibendes und von eben diesen beiden Faktoren reguliertes Verhältnis zwischen Säuren und alkalischen Anteil besteht. Schon die kleinsten Störungen dieses sogenannten „Säure-Base-Gleichgewichts“ führen zu bestimmten krankhaften Zuständen oder Krankheitserscheinungen.

Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, daß insbesondere beim Kleinkind zur Frühjahrszeit oft eine Verschiebung im Kalziumwechsel, der von der Nebenschilddrüse reguliert wird, eintritt. Als Folge hiervon zeigt sich eine gesteigerte Erregbarkeit des Nervensystems, wobei es zu den bekannten im Volksmunde fälschlich als „Jahresrumpfe“ bezeichneten Kinderkrämpfen kommt. Gewisse Hautauslässe beim Säugling, das gehäufte Auftreten von Gichtrose und Schuppenflechten wird gleichfalls auf solche frühlingshaft gesteigerte Tätigkeit der Drüsen mit innerer Absonderung zurückgeführt.

Man erklären sich uns auch ohne weiteres die gesteigerte Erregbarkeit der Sexual-Drüsen in der Frühjahrszeit und alle hieraus sich ergebenden Folgezustände. Ist doch schließlich erwiesen, daß die meisten Geburten in die Monate Januar bis April fallen, und daß unter diesen Monaten wiederum der Februar an erster Stelle steht, weil für die in diesem Monat erfolgten Geburten der Wonnemonat Mai als Zeugungsmonat in Frage kommt. Auf der anderen Seite aber steht gleichfalls fest, daß die Zahl der Selbstmorde und der Sexualverbrechen zu keiner Zeit des Jahres so groß ist wie im Frühling.

Dem Vitaminmangel wird man vielleicht das Auftreten abnormer Müdigkeit zuschreiben müssen, das häufige Vorkommen von Kopfschmerzen, Migräne, die nervöse Reizbarkeit und viele andere Krankheitserscheinungen, von denen in der Frühjahrszeit schon-

liche und blutarme Menschen, insbesondere Frauen, oft geplagt werden. Vielleicht gehört hierher auch die Beobachtung, daß in den Monaten April bis August beim kindlichen Körper ein vermehrtes Längenwachstum eintritt.

Wie man sieht, stehen die Erklärungsversuche dieses wunderbaren Geschehens zur Frühjahrszeit noch auf schwankenden Füßen. Die festlichen Zusammenhänge haben unsere Dichter und Denker längst erahnt und auch die alte Volksmedizin hat diesen Dingen in Gestalt der bekannten Frühjahrskuren rein gefühlsmäßige Rechnung getragen. Wenn man auch heute im Frühling nicht mehr „zur Ober läßt“ über den „Blutreinigungsmitteln“ mehr Wert gibt, als etwa einem bisweilen nicht ungewöhnlichen Abführmittel, so kommt doch damit bis zu einem gewissen Grade das zum Ausdruck, was für die Umstellung des Stoffwechsels im Frühling von Bedeutung ist.

Sorgen wir also durch zarte Rücksichtnahme auf das Gefäß- und Seelenleben wie durch zweckmäßige, frische Gemüse und frisches Obst bezugnehmende Ernährung dafür, daß die Umstellung von Körper und Seele im Frühling recht reibungslos vonstatten gehe.

Wo kaufe ich mein Fahrrad?

Das Frühjahr steht vor der Tür. Bei vielen wird damit wieder der Wunsch wach, zur Arbeitsstätte mit einem Fahrrad zu fahren und auch ein solches für Sonntagsausflüge und Erholungsfahrten zu besitzen. Wir wissen, wie schwer es ist, heute ein Fahrrad zu beschaffen. Es ist deshalb notwendig, wieder einmal auf unser Gewerkschaftsunternehmen, das Lindcar-Fahrradwerk, Aktiengesellschaft, in Berlin-Lichtenrade, hinzuweisen, das unsern Gewerkschaftskollegen zu den bekanntesten alten Bedingungen, ohne Anzahlung, gegen Wochenraten von 3 Mark Fahrräder abgibt. Infolge der großen Nachfrage in den letzten beiden Jahren ist das Füllmaß von feilen des Lindcar-Fahrradwerks immer stärker ausgebaut worden. Zur Zeit unterhält das Werk Fabrikniederlagen in: Berlin SW, Oranienstraße 127; Berlin NO, Große Frankfurter Straße 83; Bochum, Roßstraße 27; Braunsberg, Schöppenstedter Straße 3/4; Bremen, Nordstraße 45/47; Breslau, Margaretenstraße 17; Dortmund, Hansastraße 3; Düsseldorf, Wallstraße 27; Eberfeld-Warmen, Berliner Straße 78; Erfurt, Johannesstraße 55; Essen, Stoppenberger Straße 10; Frankfurt a. M., Gr. Frieberger Straße 19; Duisburg, Großer Kalkhof 6; Hannover, Celler Straße 156; Hagen, Weststraße 6; Hamburg, Nagelweg 16/18; Köln-Deutz, Eitorfer Straße 1; Königsberg i. Pr., Vorderer Hockgarten 31; Magdeburg, Schönebeckstraße 6; Mainz, Große Bleiche 53; München, Pestalozzistraße 40/42; Plauen, Königstraße 15; Rummelsberg, Lindenstraße 12/14; Görlitz, Poststraße 1; Leipzig, Teicher Straße 32, Volkshaus; Oresden, Rigenbergstraße 5; Nürnberg; Stuttgart. Außerdem hat das Werk für dieses Jahr großen Wert auf Einrichtung von Abgabestellen überall dort gelegt, wo keine Fabrikniederlage errichtet werden konnte, damit die Räder am Ort von den Kollegen beschligt und gleich gekauft werden können.

Literarisches.

Der 1. Mai und Maifeiern (Feste der Arbeiter, Heft 3), 46 Seiten, 1 Mark. Verlag E. Altenberger, Waldenburg-Alt-wasser i. Schles. Es gibt nicht viele so reichhaltige und vielseitige Bücher über den Welfeiertag und Maifeiern in der Natur. Dies Heft enthält: Ansprachen, Gedichte, Erzählungen und zwei Auf-führungen, dazu als Anhang eine umfangreiche Materialangabe; es kann also wohl Berater für die Feiern unseres 1. Mai sein. Von den Mitarbeitern seien erwähnt: Max Dortu, Emil Felden, Erich Orsjar, Otto Krille, Ludwig Lessen, Ernst Preczang u. a.

Volkshilfer-Schriftenreihe. Herausgegeben von der Gewerkschaft Deutscher Volkshilfer (GDV), e. V., im Allgemeinen Deutschen Beamtensbund. Heft 1: Roamer, Wanderpapier eines Junglehrers, Preis 0,60 Mk.; Heft 2: Eschbach, Von der Schule ins Erwerbsleben, Preis 0,60 Mk. Verlag: Verlagsbuchhandlung Karl Jwing (Jena). Heft 1 erzählt von den Schicksalen eines der Zehntausende von jungen Lehrern, die nach Beendigung ihrer Berufsausbildung 3, 5, 7 und noch mehr Jahre auf eine Stelle warten müssen. Seminartrill — Pfandhaus — Angestellter im Arbeitsamt — Journalist — Pfleger im Irrenhaus — un-schuldig im Gefängnis — das sind so einige Stichworte der fesselnden und erschütternden Erlebnisse Roamers. Heft 2 ist für Jugendliche und Eltern gleichermaßen wertvoll. Die Jugendlichen werden ihre Berufszukunft klarer beurteilen und dadurch vor manchen Enttäuschungen bewahrt bleiben, wenn man ihnen rechtzeitig dies Heft des bekannten Jugendführers in die Hand gibt! Darüber hinaus ist es aber für alle Erzieher wichtig, einmal rückhaltlos von einem Fachmann Aufklärung zu bekommen über die körperlichen, seelischen und wirtschaftlichen Nöte und Gefahren der Vierzehn- und Fünfzehnjährigen.

Jahresbericht des Leipziger Meßamts. Der Bericht über die Tätigkeit des Leipziger Meßamts im 12. Geschäftsjahr (1. Januar bis 31. Dezember 1928) ist, nachdem er in der Verwaltungsstraf-sung zur vergangenen Frühjahrsmesse genehmigt wurde, nunmehr im Druck erschienen. Als Einleitung bringt er einen Bericht über die deutsche Wirtschaft im Jahre 1928 und geht dann ausführlicher auf den Verlauf der Frühjahrs- und Herbstmesse im Berichtsjahre ein. Anschließend werden in gedrängter Kürze die wichtigsten Arbeitsgebiete des Meßamts behandelt.

Die Reichsausgabe der Jahresberichte der Gewerbeaufsichts-beamten und Bergbehörden für das Jahr 1928 wird voraussichtlich im Laufe des Monats August 1929 gedruckt vorliegen. Da auch in diesem Jahre im Reichshaushalt ein Zustand zur Herabsetzung der Kosten vorgeesehen ist, wird die Ausgabe — in drei Ganzhalft-bände gebunden — voraussichtlich wiederum nur 15 Reichsmark kosten. Um die Höhe der Auflage zu bestimmen, müssen Bestellungen möglichst umgehe n d e m Reichsarbeitsministerium (Abt. IIIa) in Berlin NW 40, Scharnhorststraße 35, unter genauer Angabe der Stückzahl (gebunden oder geheftet) zugehen. Die Kosten werden bei Über sendung durch Nachnahme erhoben. In den Jahresberichten 1928 werden neben einer allgemeinen Übersicht über In- und Abnahme der Zahl der gewerblichen Betriebe und der Zahl der beschäftigten Arbeiter, neben den allgemeinen Berichten über Arbeiterlohn, Betriebsunfälle, gesundheitliche Maßnahmen, Wohl-fahrtspflege und dergleichen als Sonderfragen behandelt: a) Die Arbeitsverhältnisse in Gast- und Schankwirtschaften. b) Der Unfall-schutz bei der gewerblichen Erzeugung und Verwendung von elektrischem Strom.

In der Märznummer der „Sozialistischen Bildung“ gibt der Spandauer Stadtbibliothekar Dr. Max Wiefer in seiner Abhandlung „Populäre Bücherreihen“ eine Übersicht über die wichtigste schb-geistige und populär-wissenschaftliche Literatur, die nicht nur dem Preise nach erschwinglich, sondern auch ihrem Inhalte nach für den proletarischen Leser zu empfehlen ist. In einem besonderen Abschnitt werden die sozialistischen Bücherreihen behandelt. In engem Zusammenhang damit stehen die Artikel von W. Wiefer „Der Arbeiter und der Tag des Vorgesetzten“, und J. Seher „Arbeiterbüchereien und Volksbibliotheken“. In einem Artikel des Lehrers an der Düssel-dorfer Wirtschaftsschule, F. Schlütz, „Probleme der gewerkschaft-lichen Fachschulung“ wird nach einer Kennzeichnung des Kompromis-scharakters der bestehenden staatlichen Wirtschaftsschulen auf die besonderen Aufgaben hingewiesen, die den freien Gewerkschaften hinsichtlich der Ausgestaltung des Unterrichts wie der Auswahl der Hörer in den Wirtschaftsschulen zufallen. Weiter ist der Aufsatz von W. Woytschik: „Staatlicher Unterricht in den Arbeiterschulen“ bemerkenswert. In der Beilage „Sozialistische Erziehung“ schreibt Anna Siemsen über „Frauenberufe und Frauenberechtigung“. Die Beilage „Bücherwart“ bringt wie immer Be-richtungen der wichtigsten Neuererscheinungen der schb-geistigen und wissenschaftlichen Literatur. Die „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Bücherwart“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preise von 1,50 Mk. für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsaus-schuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.